



Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsident Daniel Rügger heisst die Anwesenden zur 1. Sitzung des 4. Quartals - verbunden mit der Hoffnung, dass alle den sonnigen Herbst geniessen und damit Kraft für die kommende Winterzeit tanken konnten - herzlich willkommen.

Mit Freude und Genugtuung blicke er auf die Ehrenbürgerrechtsverleihung¹ an Herrn Heinz Holliger vom 21. Oktober 2009 zurück. Es sei ein eindrücklicher Anlass gewesen, der allen Anwesenden in bester Erinnerung bleiben werde. An dieser Stelle danke er allen an der Vorbereitung und der Durchführung dieses Anlasses Beteiligten herzlich für das engagierte Mitwirken.

Zu Beginn der heutigen Sitzung habe er personelle Mutationen im Stadtrat bekannt zu geben:

- Mit folgendem Schreiben vom 27. August 2009 habe Stadträtin Antoinette Bardelli-Müller ihren sofortigen Rücktritt mitgeteilt:

EINGEGANGEN
28. AUG. 2009

Antoinette Bardelli
Bützbergstrasse 24
4900 Langenthal
Tel. P 062 922 56 38

Langenthal, 27. August 2009

Herr
Stadtratspräsident
Daniel Rügger
Bäreggstrasse 6
4900 Langenthal

Um Frau Antoinette Bardelli-Müller die besten Wünsche des Stadtrates zu übermitteln, bittet er die vorbereitete und unter den Parlamentarierinnen und Parlamentariern zur Unterschrift zirkulierende Gedenk- und Glückwunschkarte zu unterzeichnen.

Sofortiger Rücktritt aus dem Stadtrat

Sehr geehrter Herr Rügger

Aus gesundheitlichen Gründen sehe ich mich leider gezwungen, per sofort das Amt als Stadträtin abzulegen und hoffe auf Ihr Verständnis.

Gleichzeitig möchte ich meinen Stadtratskolleginnen und -kollegen für die spannende und gemeinsam verbrachte Zeit ganz herzlich danken und wünsche Ihnen, zum Wohle der Stadt Langenthal, weiterhin gute Entscheide zu treffen.

Freundliche Grüsse

Antoinette Bardelli

- Als erstes Ersatzmitglied der FDP/jll-Fraktion und somit als Nachfolgerin von Frau Antoinette Bardelli-Müller heisse er Stadträtin Beatrice Lüthi (wieder) in den Reihen des Stadtrates willkommen. Stadträtin Beatrice Lüthi kenne den Ratsbetrieb bestens. Er wünsche ihr ein gutes Einleben in ihr neues bzw. alt bekanntes Amt.

¹ Anmerkung der Protokollführung: Die Ehrenbürgerrechtsverleihung wurde am 29. Juni 2009 (Traktandum Nr. 6) vom Stadtrat beschlossen.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 26. Oktober 2009

- Der Stadtratssitz der SP/GL, für den seit 1. Oktober 2009 als Gemeinderat amtierenden Reto Müller, werde ab der heutigen Sitzung von Frau Stadträtin Therese Grädel-Fankhauser bekleidet. Er wünsche Frau Therese Grädel-Fankhauser alles Gute und viel Erfolg und danke ihr bereits zum Voraus für eine engagierte Mitarbeit.

Er danke weiter Stadtschreiber Daniel Steiner für die Informationen über die politischen Instrumente (Motionen und Postulate), die er allen Stadtratsmitgliedern zugestellt habe. Er hoffe fest, dass es mit den von Stadtschreiber Daniel Steiner gelieferten Erläuterungen künftig gelingen werde, die Diskussionen primär auf die Inhalte der Vorstösse und nicht auf deren Formalitäten zu konzentrieren.

Wie einleitend bereits erwähnt, stehe das Parlament bereits im letzten Quartal des laufenden Jahres, womit das Jahr dem Ende zugehe. Aus diesem Grund würden unter Anderem am heutigen Abend die Sitzungsdaten des Stadtrates für das Jahr 2010 auf der Traktandenliste stehen. Ebenso habe man sich im Stadtratsbüro bereits Gedanken zum Stadtratsschlusssessen anlässlich der Dezembersitzung gemacht und eine Menuauswahl zusammengestellt. Anhand der zirkulierenden Auswahlliste gelte es sich für das Stadtratsessen anzumelden und die entsprechende Menuwahl zu treffen.

An der heutigen Sitzung werde Herr Markus Heiniger Fotos schiessen. Sein Wirken stehe im Zusammenhang mit dem neuen Internetauftritt der Stadt, der Ende November dieses Jahres aufgeschaltet werden sollte. Die von Herr Markus Heiniger gemachten Aufnahmen würden für die Rubrik "Stadtrat" verwendet.

Er erteilt der Protokollführerin das Wort zur Vornahme des Appells:

- **36** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.
- **7** Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



1. Therapiebad Lindenhof; Umwandlung eines zinslosen Darlehens (Fr. 300'000.00) in eine Schenkung; Genehmigung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderat Reto Müller: Noch sei nicht Weihnachten und somit könne die Schenkung des Darlehens - wie es vom Grossen Gemeinderat am 26. Oktober 1981 beschlossen worden sei - auch nicht als Weihnachtsgeschenk aufgefasst werden. Obwohl es sich um einen grossen Schenkungsbetrag handle, stelle dieser aus Sicht des Gemeinderats aber kein Geschenk dar.

Der Gemeinderat bedaure die Schliessung des Therapiebades im Lindenhof. In über 25 Betriebsjahren sei eine öffentliche Aufgabe erfüllt und ein wichtiges Bedürfnis der Langenthaler Bevölkerung gestillt worden. Aufgrund dringlich anstehender Renovationen von geschätzten Fr. 800'000.00 und jährlich zu erwartenden Defiziten von rund Fr. 80'000.00, sei es der Betreiberin, der Stiftung Lindenhof nicht mehr möglich gewesen, das Angebot aufrecht zu erhalten. Aus den Antworten zur *"Interpellation der SP/GL-Fraktion vom 29. Juni 2009 betreffend die Schliessung des Therapiebades im Alterszentrum Lindenhof"* (Traktandum Nr. 7 der heutigen Sitzung) sei ebenfalls ersichtlich, dass der Gemeinderat auf Grund dieser Tatsache sehr bemüht gewesen sei, mögliche und andere Lösungen zu prüfen. Ob die Schliessung hätte verhindert werden können oder auch nicht, was noch hätte getan werden müssen, oder hätte getan werden sollen, darüber lasse sich heute spekulieren und lamentieren, doch an der Schliessung und dem vorliegenden Geschäft ändere sich dadurch nichts.

Das Darlehen sei schlussendlich 1982 mittels Darlehensvertrag beschlossen worden. Bereits damals sei nebst Punkt 2 (Das Bad habe der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stehen) Punkt 4 (Der Zweck des Darlehens) genau umschrieben worden: *"Der Schuldner geht hiermit für sich und seine Rechtsnachfolger die unwiderrufliche Verpflichtung ein, den als Subvention gedachten Darlehensbetrag der Gläubigerin zurückzuzahlen für den Fall, dass das Hallenbad seinem Zwecke als sogenanntes Therapiebad im Sinne von Ziffer 2 (sprich Öffentlichkeit) entfremdet oder aufgehoben wird. Die Rückzahlung der Fr. 300'000.00 wird am Tage der Zweckentfremdung oder der Aufhebung des Bades fällig."*

Der Gemeinderat beurteile die Situation heute so, dass der Betrag als Subvention über die gesamte Betriebszeit zur Abgeltung der Zweifel ohne geleisteten öffentlichen Aufgabe, welche das Therapiebad im Lindenhof erbracht habe, wertschätzen soll. Gemeinsam mit den bis ins Jahr 2004 bezahlten jährlichen Betriebsbeiträgen von Fr. 10'000.00 und nach einfacher "Milchbuechlirechnung" ergebe sich bei einer Schenkung des Darlehens über all die Betriebsjahre gesehen ein Unterstützungsbeitrag von rund Fr. 20'000.00 jährlich. Dieser habe zumindest zuletzt - wie den Unterlagen entnommen werden könne - das Defizit des Bades bei weitem nicht mehr zu decken vermocht, zumal sich die Stadt in den letzten Jahren (ab dem Jahr 2005) gänzlich aus der Subventionierung zurückgezogen habe.

Bei Ablehnung der Schenkung wäre die Stiftung verpflichtet, der Stadt das Darlehen zurück zu zahlen, was innerhalb der Stiftung wohl gleichbedeutend wäre, dass ein verzinster Darlehen hierfür aufgenommen werden müsste, das den Pensionärinnen und Pensionären heute und auch inskünftig als Investitionskosten verrechnet würde, obwohl diese das Bad heute und auch künftig nicht nutzen könnten. Für die als öffentliche Aufgabe übernommene Leistung im Betrag von Fr. 300'000.00 würden somit die heutigen und künftigen Bewohnerinnen und Bewohner des Lindenhofs bezahlen, was nicht im Sinne des Gemeinderates sei.

Der Gemeinderat beantrage deshalb die Umwandlung dieses Darlehens in eine Schenkung nicht als Geschenk, sondern als Abgeltung für eine geleistete öffentliche Aufgabe.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 26. Oktober 2009

Helena Morgenthaler, GPK-Präsidentin: So bedauernswert die Schliessung des Therapiebades sei, so nachvollziehbar sei auch der Entscheid der Stiftung Lindenhof. Eine ganze Generation von Leuten aus Langenthal und Umgebung hätten das Bad über all die Jahre benützen können und die Stadt habe sich mit einem relativ bescheidenen Beitrag an den Betriebskosten beteiligen können. Leider habe der Lindenhof heute an Stelle des Bades andere Bedürfnisse und damit kein Interesse an der Weiterführung mehr. All jenen, die es ermöglicht haben - speziell dem Lindenhof - gebühre Dank, dass Kinder und betagte Leute über fast 30 Jahre wohlthuende Stunden im Wasser des Therapiebades geniessen durften.

Schon länger seien Wertberichtigungen am Darlehen in den Büchern vorgenommen worden. Im Jahr 2006 sei das Darlehen auf Fr. 1.00 abgeschrieben worden. Die Geschäftsprüfungskommission erachte die Abwicklung dieses Geschäft, dessen Werdegang im Bericht und Antrag des Sozialamtes vom 21. Juli 2009 sowie in den Akten klar und transparent aufgezeichnet sei, als in Ordnung.

Franz Flückiger, SVP-Fraktion: Das vorliegende Traktandum sei in der SVP-Fraktion sehr gut angekommen. Ohne die von Gemeinderat Reto Müller bereits dargelegten Zahlen nochmals zu erwähnen, halte er fest, dass die Schliessung des Bades von der SVP-Fraktion als sehr schade empfunden werde. Demgegenüber werde in der SVP-Fraktion aber auch erkannt, dass die Aufrechterhaltung des Betriebes aufgrund der finanziellen Situation einerseits unmöglich sei und andererseits dafür rund Fr. 1 Mio. zu investieren nicht sinnvoll wäre.

Die SVP-Fraktion schliesse sich dem Antrag des Gemeinderates an, das zinslose Darlehen in eine Schenkung zu wandeln. Die Fr. 300'000.00 seien in den Büchern der Stadt bereits wertberichtigt worden und das Guthaben somit abgeschrieben. Auch die SVP-Fraktion wolle nicht, dass die Bewohnerinnen und Bewohner im Lindenhof künftig mit Investitionskosten für etwas belastet werden, wovon sie nichts haben. Mit dem Rückzahlungsverzicht werde der Öffentlichkeit ein Gefallen getan, da dadurch auch Heimbewohnende mit bescheideneren finanziellen Möglichkeiten im Lindenhof einen Platz finden können.

Stefanie Loser-Fries, SP/GL-Fraktion: Die SP/GL-Fraktion habe den Gemeinderatsantrag vom 9. September 2009 zur Kenntnis genommen. Mit der Schliessung des Therapiebades per 30. Juni 2009 hätte das Darlehen zurückbezahlt werden müssen. Die SP/GL-Fraktion habe Verständnis für die getroffenen Entscheidungen, sei jedoch enttäuscht, dass das Bad - trotz der Bemühungen des Gemeinderates - doch habe geschlossen werden müssen. Die SP/GL-Fraktion werde dem vorliegenden Antrag mehrheitlich zustimmen.

Christoph Stäger, EVP/glp-Fraktion: Das Traktandum habe in der EVP/glp-Fraktion zu Diskussionen Anlass gegeben. Als Pro-Argument seien ins Feld geführt worden, dass die Öffentlichkeit während fast drei Jahrzehnten von diesem Therapiebad habe profitieren können und, dass das Darlehen mittlerweile schon abgeschrieben worden sei. Kritische Stimmen hätten aber vor einer Schaffung eines Präzedenzfalles gewarnt, wenn andere Institutionen, die von der Stadt zinslose Darlehen erhalten haben, die gleichen Ansprüche geltend machen würden. Weil das zuletzt erwähnte Argument von der Mehrheit schliesslich schwerer gewichtet worden sei, lehne die EVP/glp-Fraktion den vorliegenden Antrag ab.

Markus Gfeller, FDP/jll-Fraktion: Auch die FDP/jll-Fraktion habe sich eingehend mit dem Geschäft befasst, und habe darin eigentlich einen formellen und einen materiellen Aspekt erkannt:

Formeller Aspekt: Wie die EVP/glp-Fraktion (Votum von Stadtrat Christoph Stäger) sei auch die FDP/jll-Fraktion nicht wahnsinnig glücklich darüber, dass die Vereinbarung, wonach die Darlehensvereinbarung nach Ablauf der Zeit hätte zurückbezahlt werden müssen, nicht eingehalten werde. Auch die FDP/jll-Fraktion befürchte, dass die Schenkung eine gewisse Präjudizwirkung haben könnte.

Es gebe aber auch einen materiellen Aspekt, welcher von Gemeinderat Reto Müller, von der Präsidentin der GPK aber auch von anderen Fraktionssprechenden bereits erwähnt worden sei. Auch die FDP/jll-Fraktion sei der Meinung, dass der Lindenhof im Bereich des Alterswesens sehr viel für Langenthal tue und dementsprechend eine recht bedeutende Institution in Bezug auf das Alter darstelle, die aus privaten Mitteln finanziert werde. Wenn es den Lindenhof nicht geben würde müsste sicher die Stadt ein solches Altersheim betreiben, was wesentlich teurer wäre, als die heutige Lösung.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 26. Oktober 2009

Demnach könne die FDP/jll-Fraktion auch der Argumentation von Gemeinderat Reto Müller folgen, wonach die Stadt das Bad während einer langen Zeit zu sehr, sehr vorteilhaften Bedingungen habe nutzen können. In der FDP/jll-Fraktion sei schlussendlich dieses Argument stärker gewichtet worden, weshalb die FDP/jll-Fraktion einstimmig beschlossen habe, den Antrag des Gemeinderates zu unterstützen.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 31 Stimmen Ja gegen 4 Stimme Nein (bei 1 Enthaltung):

- 1. Der Umwandlung des Darlehens vom 31. März 1982 im Betrag von Fr. 300'000.00 für das Therapiebad Lindenhof in eine Schenkung wird zugestimmt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



2. **Feuerwehr-Reglement vom 22. April 1996, in Kraft seit 1. Januar 1997; Teilrevision (Art. 1, 14 Abs. 2, 16 Abs. 1 lit. e, 19 lit. a, 20 Abs. 2, 21, 22 Ziff. 9)**

Zusammenschluss der Feuerwehren Langenthal und (Ober-)Steckholz; Zustimmung

Einmalige und wiederkehrende Ausgaben im Zusammenhang mit der Zusammenlegung der Feuerwehren Langenthal und (Ober-)Steckholz; Bewilligung

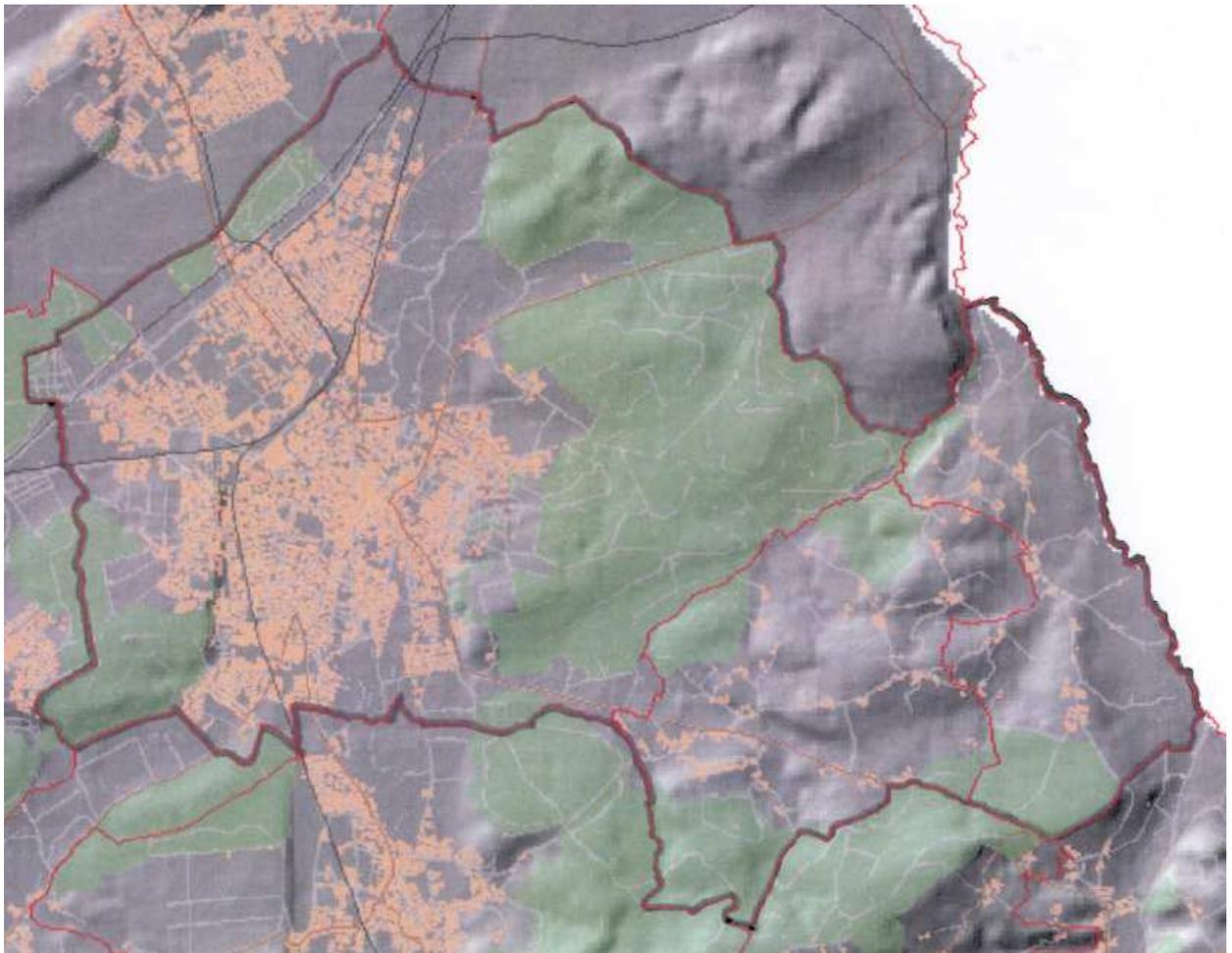
Nachkredite zur Finanzierung der einmaligen und wiederkehrenden Ausgaben zu Lasten der Laufenden Rechnung 2010

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderat Rolf Baer: Vor Allem zu Händen der anwesenden Presse weise er darauf hin, dass die auf dieser Karte eingezeichnete Grenze nicht das Langenthaler Stadtgebiet bezeichne - was zugegebenermassen "sexy" wäre - sondern, dass damit eine rein feuerwehrtechnische Grenze dargestellt werde, die das Gebiet der Feuerwehren Langenthal und Steckholz nach dem noch zu beschliessenden Zusammenschluss ab dem 1. Januar 2010 aufzeige.



Die Fusion der Obersteckholzer Feuerwehr mit der Feuerwehr der Langenthaler sei für beide Seiten ein Gewinn, weil mit der Gemeindefusion von Langenthal und Untersteckholz die Untersteckholzer Bewohner in Langenthal feuerwehrpflichtig werden.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 26. Oktober 2009

Um die Feuerwehr nicht ganz zu verlieren, habe deshalb die Feuerwehr Obersteckholz um den Zusammenschluss mit dem Langenthaler Stützpunkt ersucht. Mit dem Know-how, den Ortskenntnissen, den Gerätschaften und den Fahrzeugen würde die Feuerwehr Langenthal verstärkt. Im Steckholz könnte somit neu - wenn auch ein kleiner - ein weiterer Löschzug gebildet werden. Weiter sei darauf hingewiesen, dass die Rekrutierung neuer Angehöriger der Feuerwehr (AdF) allgemein nicht einfacher werde. Der neu gebildete Löschzug würde seine Basis im gut ausgebauten Magazin auf Untersteckholzer-Gebiet - und somit neu auf dem Gemeindegebiet von Langenthal/Untersteckholz haben.

Mit der Umsetzung der Fusion würden einmalige Aufwendungen von insgesamt Fr. 102'425.00 und jährlich wiederkehrende Betriebskosten von Fr. 32'320.00 erwachsen. Auf der Ertragsseite würden dagegen einmalig Fr. 115'523.00 und jährlich wiederkehrend Fr. 38'000.00 stehen. Damit wären die Ertragsseiten bei den "einmaligen" wie den "wiederkehrenden" Beträgen höher als die aufgeführten Kosten.

Die Gerätschaften und Fahrzeuge wären voraussichtlich im Jahr 2021 zu ersetzen. Anzumerken sei, dass beim Ersatz in 12 Jahren andere Kriterien betreffend die Fahrzeugwahl und die Gerätschaften gelten werden, als heute. Grundsätzlich werde das notwendige Kapital zum Teil über die Spezialfinanzierung geäuft und allenfalls mit Beiträgen der Anschlussgemeinden mitfinanziert werden müssen.

Abschliessend gelte festzuhalten, dass die vorberatenden Kommissionen (Kommission für öffentliche Sicherheit und Finanzkommission) das Geschäft einstimmig unterstützen.

Helena Morgenthaler, GPK-Präsidentin: Der Abschluss dieses Geschäfts stelle wahrscheinlich eine der wichtigeren Akten im Rahmen der Fusion mit Untersteckholz dar. Die Bildung des Löschzuges Steckholz schein eine sehr gute Lösung zu sein. Die Mannschaft, das Material etc, präsentiere sich in einem tadellosen Zustand und entspreche einer Win-Win-Situation. Die Geschäftsprüfungskommission beurteile das Geschäft als einwandfrei in der Abwicklung und heisse ihrerseits die Steckholzer Feuerwehrleute in der Langenthaler Feuerwehr schon heute herzlich willkommen.

Stefan Ryser, SP/GL-Fraktion: Die Ausgangslage sei durch die Zustimmung zur Fusion der Gemeinde Langenthal mit der Gemeinde Untersteckholz klar. Daraus würden sich sicher noch gewisse weitere Punkte ergeben, die in nächster Zeit noch geregelt werden müssen. Beispielsweise die Zivilschutzfähigkeit und die Bereiche Wasser, Abwasser, Gebühren und unter Anderem auch die Feuerwehr. Um überhaupt einen Schritt weiterzukommen, sei als erstes eine Basis mit der Anpassung des Feuerwehrreglementes zu schaffen.

Die SP/GL-Fraktion stimme dem vorliegenden, angepassten Reglement einstimmig zu, merke aber folgende Punkte bzw. Korrekturen an:

- Im "veränderten Reglementstext" der "synoptischen Darstellung" müsste im Einleitungssatz die Bezeichnung "Der Grosse Gemeinderat" durch die Bezeichnung "Der Stadtrat" ersetzt werden.
- Art. 19 sowie Art. 20 weise einen Verschreiber auf: Die Bezeichnung FEG sei durch die Abkürzung FFG zu ersetzen.

Der Zusammenschluss sei für die SP/GL-Fraktion wie bereits erwähnt eine klare und logische Folge der Zusammenarbeit mit Steckholz. Der wichtigste Punkt allerdings sei - wie es in den Unterlagen stehe - dass die Existenz der Feuerwehr Steckholz sonst nicht mehr gegeben wäre. In absehbarer Zeit würde das Problem entstehen, dass die Gemeinde Steckholz ihre Arbeiten nicht mehr wahrnehmen könnte und in diesem Bereich eine Zusammenlegung gemacht werden müsste.

Wie Gemeinderat Rolf Baer erwähnt habe, resultiere beim Vergleich der einmaligen wie der wiederkehrenden Zahlen eigentlich mehr Ertrag, womit die Reserven ein bisschen geäuft werden könnten. Wie Gemeinderat Rolf Baer auch bereits gesagt habe, sei auch die SP/GL-Fraktion der Meinung, dass die Reserven zur Anschaffung von Fahrzeugen im Jahre 2021 aus heutiger und entsprechend hoch gerechneter Sicht (für die gleichen Fahrzeugen und zu den gleichen Preisen wie vor 20 Jahren) momentan nicht ausreichend wären. Bis zum Jahr 2020 bleibe jedoch genügend Zeit, um sich entsprechende Überlegungen machen zu können.

Die SP/GL-Fraktion werde dem Geschäft einstimmig zustimmen.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 26. Oktober 2009

Patric Opong, FDP/jll-Fraktion: Auch die FDP/jll-Fraktion vertrete die Meinung, dass der Zusammenschluss der Feuerwehren Steckholz und Langenthal für beide eine Win-Win-Situation darstelle. Zudem dürfte die Feuerwehr Langenthal glücklich über den zusätzlichen kleinen Löschzug sein, zumal es - wie Gemeinderat Rolf Baer gesagt habe - in der heutigen Zeit nicht einfach sei, genügend Nachwuchs für die Feuerwehren zu rekrutieren. Ausserdem seien die Gerätschaften sowie die Fahrzeuge in einem top Zustand, welche erst im Jahr 2021 ersetzt werden müssen. Gestützt auf diese Überlegungen stimme die FDP/jll-Fraktion dem Zusammenschluss sowie den einmaligen und wiederkehrenden Ausgaben sehr grossmehrheitlich zu.

Patrick Freudiger, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion sei einstimmig für die Vorlage, weil sie der Meinung sei, dass die Vorlage ausgewogen sei und einen guten Kompromiss darstelle. Der Kompromiss werde als gut erachtet, weil die Kosten in einem vertretbaren Ausmass wären, und, weil mit der Schaffung eines Löschzuges Steckholz doch auch noch Autonomie gewährt werden könne, und damit nicht einfach eine Totalfusion, sondern eine Light-Fusion vorliege, wie es ja auch sein sollte.

Der SVP-Fraktion sei es wichtig zu erkennen, dass eine Ablehnung der Vorlage von den Direktbetroffenen wahrscheinlich als ein negatives Signal empfunden würde. Die SVP sei der Meinung, dass man die Angehörigen der Feuerwehr Obersteckholz hier und heute mit einem Ja zur Vorlage herzlich willkommen heissen sollte. Die Vorlage biete mit der Schaffung eines zusätzlichen Löschzuges eine gute Möglichkeit, die bereits heute sehr stark engagierte Feuerwehr Langenthal etwas zu entlasten. Im Wissen in einer Zeit zu leben, in der ehrenamtliches Arbeiten zunehmend unattraktiver werde, und es dadurch immer schwieriger werde neue Leute dafür zu gewinnen, biete die Vorlage zudem die Möglichkeit neue Angehörige für die Feuerwehr Langenthal zu finden.

Anita Steiner-Thaler, EVP/glp-Fraktion: Die EVP/glp-Fraktion unterstütze den Zusammenschlussvertrag der Feuerwehren Langenthal und Obersteckholz als eine logische Konsequenz der Fusion. Die EVP/glp-Fraktion erachte interkommunale Zusammenarbeit, die sehr an Bedeutung zunehme und durch die eine Qualitätssteigerung erreicht werden könne, als sehr wichtig.

Die EVP/glp-Fraktion genehmige die Reglementsänderungen und bedanke sich auch bei der Projektgruppe und der Kommission für ihr engagiertes und sorgfältiges Arbeiten.

Stadtratspräsident Daniel Rügger ordnet an, die Beschlussfassung gemäss dem Beschlussesentwurf zweigeteilt vorzunehmen: Zuerst werde über den Teil A (Teilrevision des Feuerwehrreglements) abgestimmt und anschliessend in einer zweiten Abstimmung über den Teil B (Zusammenschluss, Finanzierung).



III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

A. Unter Vorbehalt des fakultativen Referendums

1. **Der Teilrevision des Feuerwehr-Reglements der Stadt Langenthal vom 22. April 1996 (Art. 1, 14 Abs. 2, 16 Abs. 1 lit. e, 19 lit. a, 20 Abs. 2, 21, 22 Ziff. 9, gemäss Beilage 3) wird zugestimmt.**
2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt, insbesondere mit der Festlegung des Zeitpunktes des In-Kraft-Tretens der revidierten Bestimmungen.**

- **Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

B. Unter Vorbehalt der Rechtskraft des Beschlusses gemäss Bst. A

1. **Dem Zusammenschluss der Feuerwehren Langenthal und Steckholz gemäss dem Bericht des Amtes für öffentliche Sicherheit vom 12. Juni 2009 und den damit verbundenen jährlich wiederkehrenden Ausgaben in der Höhe von Fr. 32'320.00 (Stand 1. Januar 2010) und den damit verbundenen einmaligen Ausgaben in der Höhe von Fr. 102'425.00 wird zugestimmt.**
2. **Zur Finanzierung der jährlich wiederkehrenden Ausgaben werden zu Lasten der Laufenden Rechnung 2010 folgende Nachkredite, im Gesamtbetrag von Fr. 32'320.00, bewilligt:**

■ Konto Nr. 440.301.70	Sold	Fr.	13'300.00
■ Konto Nr. 440.306.10	Dienstkleider	Fr.	1'000.00
■ Konto Nr. 440.309.10	Personal- und Ausbildungskosten (Sammelbudgetierung)	Fr.	1'200.00
■ Konto Nr. 440.310.10	Büromaterial, Drucksachen, Inserate Feuerwehrzeitung (Sammelbudgetierung)	Fr.	500.00
■ Konto Nr. 440.311.10	Mobiliar, Maschinen, Geräte (Sammelbudgetierung)	Fr.	600.00
■ Konto Nr. 440.313.10	Treib- und Schmierstoffe, Pneus, Ersatzteile (Sammelbudgetierung)	Fr.	600.00
■ Konto Nr. 440.315.25	Reinigungs- und Wachmaterial (Sammelbudgetierung)	Fr.	50.00
■ Konto Nr. 440.313.70	Verbrauchs-, Unterhalts- und Hilfsmaterial (Sammelbudgetierung)	Fr.	400.00
■ Konto Nr. 440.315.00	Unterhalt und Reparaturen an Fahrnis (Sammelbudgetierung)	Fr.	1'500.00
■ Konto Nr. 440.317.10	Spesenentschädigung, (Sammelbudgetierung)	Fr.	500.00
■ Konto Nr. 440.317.80	Verpflegung der Feuerwehr bei Hilfeleistungen	Fr.	400.00
■ Konto Nr. 440.318.10	Haftpflicht und Sachversicherung	Fr.	2'183.00
■ Konto Nr. 440.318.21	Motorfahrzeugsteuern	Fr.	337.00
■ Konto Nr. 440.318.40	Porti und Frachten	Fr.	100.00
■ Konto Nr. 440.318.45	Telefon- und Alarmeinrichtungsgebühren	Fr.	7'000.00
■ Konto Nr. 440.318.50	Dienstleistungen Dritter (Sammelbudgetierung)	Fr.	200.00
■ Konto Nr. 440.319.90	übriger Sachaufwand (Sammelbudgetierung)	Fr.	200.00
■ Konto Nr. 440.365.70	Mitgliedschafts- und Jahresbeiträge	Fr.	450.00
■ Konto Nr. 440.390.32	Verwaltungskostenanteil	Fr.	1'800.00
■	Das Total der Sammelbudgetierung innerhalb der Kontengruppe 440 ist um Fr. 5'750.00 zu erhöhen.		



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 26. Oktober 2009

3. Die Erträge (Ersatzabgaben und Beiträge der kantonalen Gebäudeversicherung) sind der Laufenden Rechnung 2010 wie folgt gutzuschreiben:

■	Konto Nr. 440.430.00	Wehrdienstersatzabgabe (Annahme)	Fr.	25'500.00
■	Konto Nr. 440.461.00	Beitrag Gebäudeversicherung (Annahme)	Fr.	12'500.00

4. Ab dem Jahr 2011 sind die im Zusammenhang mit dem Betrieb des Löschzugs Steckholz anfallenden jährlich wiederkehrenden Ausgaben in die Voranschläge der Laufenden Rechnung einzustellen.

5. Zur Finanzierung der einmaligen Ausgaben werden zu Lasten der Laufenden Rechnung 2010 folgende Nachkredite, im Gesamtbetrag von Fr. 102'425.00, bewilligt:

■	Konto Nr. 440.306.10	Dienstkleider	Fr.	57'125.00
■	Konto Nr. 440.311.10	Maschinen, Mobiliar, Geräte (Sammelbudgetierung)	Fr.	12'500.00
■	Konto Nr. 440.315.00	Unterhalt, Reparaturen an Fahrnis (Sammelbudgetierung)	Fr.	30'500.00
■	Konto Nr. 440.313.70	Verbrauchs-, Unterhalts- und Hilfsmaterial (Sammelbudgetierung)	Fr.	2'300.00

- Das Total der Sammelbudgetierung innerhalb der Kontengruppe 440 ist um Fr. 45'300.00 zu erhöhen.

6. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



3. **Gemeindevoranschlag 2010; Verabschiedung der Botschaft zu Händen der Volksabstimmung vom 28./29. November 2009**

I **Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II **Detailberatung:**

Stadtratspräsident Daniel Rügger: Als Berichterstatter zu diesem Geschäft erinnere er an die Stadtrats-sitzung vom 24. August 2009 (Traktandum Nr. 6). An dieser Sitzung sei in einem ersten Schritt der Gemeindevoranschlag 2010 (das Zahlenmaterial) eingehend diskutiert und mit 25 Stimmen Ja gegen 10 Stimmen Nein bei 1 Enthaltung zu Händen der Volksabstimmung vom 28./29. November 2009 verabschiedet worden.

In einem zweiten Schritt sei über die Botschaft an die Stimmberechtigten debattiert worden. Gemäss Art. 58 Abs. 2 der Stadtverfassung seien die in der Stadtratsdebatte eingebrachten Standpunkte der Mehrheit sowie die der Minderheit in der Botschaft an die Stimmberechtigten gesondert darzustellen. Um dieser Bestimmung nachzuleben, habe Stadtrat Beat Sterchi den Antrag gestellt, den Botschaftstext dahingehend zu überarbeiten. Dem Antrag von Stadtrat Beat Sterchi sei mit 25 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein bei 10 Enthaltungen zugestimmt worden.

In der Zwischenzeit habe das Sekretariat des Stadtrates die nötigen Anpassungen im Botschaftstext vorgenommen und diese den Stadträten Beat Sterchi und Rudolf Lanz zur Stellungnahme vorgelegt. Die gewünschten Änderungen seien in den heute vorliegenden Botschaftsentwurf integriert worden.

Der heute vorliegende Botschaftstextentwurf (datiert mit 5. Oktober 2009) unterscheide sich gegenüber dem am 24. August 2009 vorliegenden Textentwurf auf Seite 19, "6. Beratungen im Stadtrat". An dieser Stelle weise er darauf hin, dass das Stimmvolk am 28./29. November 2009 über den Gemeindevoranschlag 2010 abstimmen werde. Terminlich habe das zur Folge, dass der Botschaftstext bereits morgen an die Druckerei abgeliefert werden müsse, damit die mit dem Versand beauftragte Behindertenwerkstatt Madiswil (WBM) den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern das Abstimmungs-material rechtzeitig (im selben Couvert mit der kantonalen und den eidgenössischen Abstimmungsvorlagen) zustellen könne. Aus diesem Grund und damit aus Gründen der Nachvollziehbarkeit sollten am heutigen Abend allfällige Änderungsanträge am Botschaftstext in komplett ausformulierter und schriftlicher Form eingereicht werden.

Daniel Steiner, EVP/glp-Fraktion: Die Botschaft für die Budgetabstimmung am 28./29. November 2009, besonders die Erklärungen auf den Seiten 19 und 20, seien von der EVP/glp-Fraktion kritisch beurteilt worden. Bei der Abstimmung zum Voranschlag 2010 anlässlich der Sitzung am 24. August 2009 hätten sich klare Mehrheitsverhältnisse gezeigt. 25 Mitglieder des Stadtrates hätten den Voranschlag unterstützt und 10 Mitglieder hätten ihn abgelehnt. Vor diesem Hintergrund erachte die EVP/glp-Fraktion die Argumente und Erläuterungen auf den Seiten 19 und 20 als einseitig, unausgeglichen, wenn nicht sogar irreführend und werfe daher folgende Fragen auf:

- Warum werden die Argumente der Minderheit vor den Argumenten der Befürworter des Budgets aufgelistet?
- Warum sind die Argumente der Minderheit in einer leserfreundlichen Art aufgelistet, während die Argumente der Minderheit unübersichtlich in einen Lauftext verpackt sind?
- Warum wird die Meinung der vorberatenden Finanzkommission in der Botschaft erwähnt? Einerseits seien die Sitzungen der Finanzkommission ja nicht öffentlich. Andererseits irritiere besonders, dass genau diese Behörde vorgängig zur Budgetdebatte einen Slalomlauf veranstaltet und keineswegs so klar und konsistent gehandelt habe, wie es die Aussage in der Botschaft suggeriere.
- Warum wird nur diejenige Fraktion explizit erwähnt, die zwar einen Antrag gestellt hat, damit aber schlussendlich klar unterlegen ist?



- Warum wird die Frage der Direktabschreibung so formuliert, dass man meinen könnte, der Voranschlag 2010 werde den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zur Ablehnung empfohlen?
- Warum wurden bei der Ausarbeitung der Botschaft nur zwei Vertreter der Minderheit, nicht aber Vertretende der Mehrheit zur Stellungnahme eingeladen? Die EVP/glp-Fraktion beurteile nicht nur den Inhalt der Botschaft, sondern auch das Vorgehen bei der Ausarbeitung der Abstimmungsbotschaft als mangelhaft.

Eine Abstimmungsbotschaft sollte den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern helfen, sich ein Bild des politischen Geschäfts zu machen. Sie sollte objektiv zur politischen Meinungsbildung beitragen und nicht verwirren oder irreführen. Sie sollte die Pro- und Contra-Argumente auflisten. Dies müsse aber in einer ausgeglichenen, fairen Art und Weise geschehen, die auch dem Lauf der Beratungen und der Mehrheitsverhältnisse entspreche, was nach Meinung der EVP/glp-Fraktion mit der vorliegenden Botschaft noch nicht der Fall sei. Um diesen Mangel zu beseitigen, stelle er namens der EVP/glp-Fraktion sowie der SP/GL-Fraktion folgende zwei Abänderungsanträge zum vorliegenden Botschaftstextentwurf vom 5. Oktober 2009:

Antrag A: zu Ziffer "6. Beratungen im Stadtrat"

Botschaftstextentwurf vom 5. Oktober 2009:

Antrag der EVP/glp- und der SP/GL-Fraktion:

a) Zum Grad der Senkung der Steueranlage

Eine **Minderheit von 10 Mitgliedern des Stadtrates** beurteilte das Potenzial für eine Steuersenkung als grösser. Seitens der Fraktion FDP/jll wurde der Antrag gestellt, die Steueranlage auf 1,38 Steuereinheiten festzulegen. Der Antrag dieser Minderheit wurde wie folgt begründet:

- Das ausserordentlich guten Rechnungsabschlüsse der Jahre 2007 und 2008 sind den Steuerzahlenden nicht in 10 - 15 Jahren zurückzugeben, sondern in den nächsten 4 - 6 Jahren.
- Bei Fr. 13 Mio. abzubauenem Eigenkapital ist eine Steuersenkung von 0,1 Steuereinheiten oder Fr. 2 Mio./Jahr ohne weiteres vertretbar. Nach vier Jahren werden so Fr. 8 Mio. Eigenkapital abgebaut. Also verbleiben für die vorgesehenen, absehbaren neuen Ausgaben immer noch Fr. 5 Mio.
- Nach Ablauf dieser Zeitdauer ist die Sachlage betreffend der dannzumal sachgerechten Steueranlage neu zu beurteilen.
- Diese Beurteilung teilt auch die grosse Mehrheit der Finanzkommission.

a) Zum Grad der Senkung der Steueranlage

Eine **Mehrheit von 25 Mitgliedern des Stadtrates aus den Fraktionen EVP/glp, SP/GL und SVP** hat eine Steuersenkung von 1.48 auf 1.43 unterstützt. Folgende Gründe waren ausschlaggebend:

- Die Steuerzahlenden sollen von den positiven Rechnungsabschlüssen der Jahre 2007 und 2008, ausmachend rund Fr. 13 Mio. zusätzliches Eigenkapital, in den nächsten Jahren profitieren können, ohne dass deshalb vom langfristig angelegten Grundsatz der ausgeglichenen Rechnung abgerückt werden muss.
- Eine Steuersenkung von 0.5 Steuereinheiten führt zu einem prognostizierten Steuerausfall von Fr. 1 Mio. pro Jahr. Innerhalb des vorgesehenen Zeitraumes von 13 Jahren erfolgt somit die Rückgabe des zusätzlichen Eigenkapitals an die Steuerzahlenden.
- Werden das heutige und erwartete zukünftige wirtschaftliche Umfeld sowie die bereits heute bevorstehenden Mehrausgaben (vom Parlament gefordertes Bildungsamt, Einheitspolizei, Viertelstundentakt des Ortsbusses, Finanz- und Lastenausgleich etc.) mit berücksichtigt, erlaubt der langfristig angelegte Grundsatz einer ausgeglichenen Rechnung keine weitergehende Steuersenkung.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 26. Oktober 2009

*Die Gründe für eine Steuersenkung von 1,48 auf 1,43, welche wie gesagt von der **Mehrheit der Mitglieder des Stadtrates** unterstützt wird, finden Sie in dieser Botschaft. Zusammenfassend geht es darum, dass die Steuerzahlenden von den positiven Rechnungsabschlüssen der Jahre 2007 und 2008, ausmachend rund Fr. 13 Mio. zusätzliches Eigenkapital, in den nächsten Jahren profitieren sollen, ohne dass deshalb vom langfristig angelegten Grundsatz der ausgeglichenen Rechnung abgerückt werden muss. Der Zeitraum bis zur Rückgabe des zusätzlichen Eigenkapitals erstreckt sich - einzig bezogen auf die rechnerischen Auswirkung der Steuersenkung - auf 13 Jahre, weil eine Steuersenkung von 0,5 Steuereinheiten zu einem prognostizierten Steuerausfall von rund Fr. 1 Mio. führt. Werden jedoch das heutige und erwartete zukünftige wirtschaftliche Umfeld sowie die bereits heute bevorstehenden Mehrausgaben (vom Parlament gefordertes Bildungsamt, Einheitspolizei, Viertelstundentakt des Ortsbusses etc.) mit berücksichtigt, erlaubt das Ziel des langfristigen Grundsatzes der ausgeglichenen Rechnung keine weitergehende Steuersenkung.*

Eine **Minderheit von 10 Mitgliedern des Stadtrates** beurteilte das Potenzial für eine Steuersenkung als grösser. Seitens der Fraktion FDP/jll wurde der Antrag gestellt, die Steueranlage auf 1,38 Steuereinheiten festzulegen. Der Antrag dieser Minderheit wurde wie folgt begründet:

- Die ausserordentlich guten Rechnungsabschlüsse der Jahre 2007 und 2008 sind den Steuerzahlenden nicht in 10 - 15 Jahren zurückzugeben, sondern in den nächsten 4 - 6 Jahren.
- Bei Fr. 13 Mio. abzubauenem Eigenkapital ist eine Steuersenkung von 0,1 Steuereinheiten oder Fr. 2 Mio./Jahr ohne weiteres vertretbar. Nach vier Jahren werden so Fr. 8 Mio. Eigenkapital abgebaut. Also verbleiben für die vorgesehene, absehbaren neuen Ausgaben immer noch Fr. 5 Mio.
- Nach Ablauf dieser Zeitdauer ist die Sachlage betreffend der dannzumal sachgerechten Steueranlage neu zu beurteilen.
- ~~Diese Beurteilung teilt auch die grosse Mehrheit der Finanzkommission.~~



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 26. Oktober 2009

Antrag B: zu Ziffer "6. Beratungen im Stadtrat"

Botschaftstextentwurf vom 5. Oktober 2009:

Antrag der EVP/glp- und der SP/GL-Fraktion:

b) Zur Höhe der vorgesehenen zusätzlichen, direkt abzuschreibenden Investitionen im Jahr 2010

Etwas weniger im Vordergrund für die Ablehnung des Voranschlages 2010, aber doch auch von einer nennenswerten Bedeutung, standen die Argumente im Zusammenhang mit den direkt abzuschreibenden zusätzlichen Investitionen, welche im Rechnungsjahr 2010 rund Fr. 8,54 Mio. betragen und zu einem Defizit von fast Fr. 10 Mio. führen. Vom Grundsatz her waren dabei die Investitionen - von einzelnen Priorisierungen abgesehen - nicht bestritten. Jedoch wurde moniert, das gewählte Abschreibungsmodell (Direktabschreibung) führe zu künstlich sehr schlechten Rechnungsabschlüssen, die dann doch nicht so eintreten würden, die Investitionsvolumina für das Jahr 2010 und die folgenden Jahre seien zu hoch und nicht umsetzbar, das aus dem onyx-Beteiligungsverkauf resultierende Eigenkapital werde zu rasch abgebaut, es werde trotz der Direktabschreibung eine finanzielle Last für die Zukunft aufgebaut (Betriebskosten, Renovationsbedarf in der Zukunft).

b) Zur Höhe der vorgesehenen zusätzlichen, direkt abzuschreibenden Investitionen im Jahr 2010

Anlass zu intensiven Diskussionen gaben die direkt abzuschreibenden zusätzlichen Investitionen, welche im Rechnungsjahr 2010 rund Fr. 8.54 Mio. betragen und zu einem Defizit von fast Fr. 10 Mio. führen. Vom Grundsatz her waren dabei die Investitionen – von einzelnen Priorisierungen abgesehen – nicht bestritten. Eine Minderheit der Mitglieder des Stadtrates hat jedoch moniert, das gewählte Abschreibungsmodell (Direktabschreibung) führe zu künstlich sehr schlechten Rechnungsabschlüssen, die dann doch nicht so eintreten würden, die Investitionsvolumina für das Jahr 2010 und die folgenden Jahre seien zu hoch und nicht umsetzbar, das aus dem onyx-Beteiligungsverkauf resultierende Eigenkapital werde zu rasch abgebaut, es werde trotz der Direktabschreibung eine finanzielle Last für die Zukunft aufgebaut (Betriebskosten, Renovationsbedarf in der Zukunft).

Er bitte die 25 Stadtratsmitglieder, die am 24. August 2009 die Mehrheit gebildet hätten, sich wirklich zu überlegen, den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern eine faire und objektive Vorlage zu präsentieren, in welcher die Pro- und Contra-Argumente in einer ausgeglichenen Art dargestellt seien.

Samuel Köhli, SP/GL-Fraktion: Die SP/GL-Fraktion finde es stossend, dass im Botschaftstext zum Gemeindevoranschlag 2010 unter Punkt "6. Beratungen im Stadtrat" die ablehnende Minderheitsmeinung der zustimmenden Mehrheitsmeinung vorangestellt worden sei. Die Begründungen der ablehnenden Minderheit seien im Gegensatz zu denjenigen der befürwortenden Mehrheit detaillierter aufgelistet. Damit komme die zustimmende Mehrheit eigentlich gar nicht mehr zu Wort, was weder dem Demokratieverständnis der SP/GL-Fraktion noch den üblichen Gepflogenheiten entspreche. Der SP/GL-Fraktion sei es wichtig, dass richtig und fair kommuniziert werde und bitte deshalb den Anträgen A und B zuzustimmen.

Richard Bobst, FDP/jll-Fraktion: Die FDP/jll-Fraktion sei mit dem vorliegenden Botschaftstext zum Gemeindevoranschlag 2010 einverstanden. Die Ausführungen zu "6. Beratungen im Stadtrat" unter Punkt "a) Zum Grad der Senkung der Steueranlage" sowie Punkt "b) Zur Höhe der vorgesehenen zusätzlichen, direkt abzuschreibenden Investitionen im Jahr 2010" würden die Haltung der Minderheit widerspiegeln.

Als allgemeine Bemerkung zum Budget halte er fest, dass, falls die für das laufende Jahr geplanten Investitionen nicht realisiert würden, auch in diesem Jahr mit einem besseren Ergebnis gerechnet werden könne, als erwartet. Es gebe bereits Anzeichen, dass die für dieses Jahr geplanten Investitionen von Fr. 6,5 Mio. nur teilweise realisiert werden können.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 26. Oktober 2009

Ohne sich mit den Mitgliedern seiner Fraktion in Bezug auf den Antrag A der EVP/glp- und der SP/GL-Fraktion noch gross abgesprochen zu haben, halte er fest, dass die zusätzlichen Erläuterungen zur Darstellung der Haltung der Mehrheit nach Erachten der FDP/jll-Fraktion in die Botschaft aufgenommen werden können. Wer sich explizit wiederholen wolle, solle das selbstverständlich tun können. Wer die Botschaft aber wirklich gelesen habe, der habe gesehen - und er gehe davon aus, dass auch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dazu in der Lage seien - dass am 24. August 2009 eine Mehrheit im Stadtrat den Voranschlag 2010 zur Annahme empfohlen habe. Wie gesagt, könne sich die FDP/jll-Fraktion durchaus vorstellen, den Passus im Sinne des Antrages A zu formulieren und voranzustellen.

Allenfalls liesse sich mit einer gewissen Spitzfindigkeit aber noch darüber diskutieren, ob man tatsächlich Behauptungen stehen lassen wolle. Es heisse nämlich unter a) Zum Grad der Senkung der Steueranlage: *"Werden das heutige und erwartete zukünftige wirtschaftliche Umfeld sowie die bereits heute bestehenden Mehrausgaben (vom Parlament gefordertes Bildungsamt, Einheitspolizei, Viertelstundentakt des Ortsbusses, Finanz- und Lastenausgleich etc.) mit berücksichtigt, erlaubt der langfristig angelegte Grundsatz einer ausgeglichenen Rechnung keine weitergehende Steuersenkung."* Die Aussage, dass für eine weitergehende Steuersenkung keine Möglichkeit bestehe, sei aus Sicht der Minderheit einfach eine Behauptung.

Mit Ausnahme der Streichung des Satzes *"Diese Beurteilung teilt auch die grosse Mehrheit der Finanzkommission"* könne die Minderheit absolut mit der Formulierung im Sinne des Antrages A der EVP/glp- und der SP/GL-Fraktion leben. Die Minderheit sehe jedoch nicht ein, warum dass die Haltung einer vorberatenden Kommission nicht im Botschaftstext in einem kleinen Satz erwähnt werden sollte, zumal es sich um eine Tatsache handle.

Persönlich verwehre er sich gegen Äusserungen, die die Finanzkommission quasi als Cabaret-Institution bezeichnen. Er bitte seine Finanzkommissionskolleginnen und -kollegen sich dazu zu äussern. Die Finanzkommission habe nicht Steuerpolitik betrieben. Die Finanzkommission habe beurteilt, ob es möglich sei, den Steuerzahlenden in einer kürzeren Frist als der vom Gemeinderat vorgeschlagenen, etwas zurückzugeben. Es sei sehr wohl denkbar, dass in einer Demokratie so etwas noch erklärt werden dürfe, zumal so etwas nicht geheim gehalten werden könne. Wenn sich also eine Finanzkommission zu einer solchen Steueranlage äussere, dann müsse das Ernst genommen werden, obwohl es dem Gemeinderat absolut vorbehalten bleibe, diese Meinung zu akzeptieren oder nicht, was er ja auch gemacht habe.

Zusammenfassend und im Namen der Minderheit halte er bezugnehmend auf den Antrag A der EVP/glp-Fraktion fest, dass die Meinung der Mehrheit derjenigen der Minderheit vorangestellt werden könne, wogegen die Streichung des Satzes: *"Diese Beurteilung teilt auch die grosse Mehrheit der Finanzkommission"* nicht akzeptiert werde, weil damit ein Argumentarium fehlen würde, das einen ganz bescheidenen Platz in der Botschaft einnehme.

Beat Sterchi: Weder er noch Stadtrat Rudolf Lanz hätten sich schriftstellerisch bei der Stellungnahme zur Botschaftsüberarbeitung betätigt. Sie hätten lediglich einen Text von der Stadtkanzlei zugestellt erhalten, diesen unabhängig von einander geprüft und dessen inhaltliche Richtigkeit per Mail bestätigt. Der Text sei wahrscheinlich aufgrund des Sitzungsprotokolls vom 24. August 2009 so zu Stande gekommen und stamme somit nicht von den Gegnern der Budgetvorlage 2019, sondern von der Verwaltung.

Mit dem Voranstellen der Meinungen der Budgetbefürworter, könne er sich einverstanden erklären. Aber nach einer unterdessen geführten Aussprache zwischen der Finanzkommission und dem Gemeinderat und in Kenntnis von Zahlen das Budget 2009 betreffend, könne er bereits heute sagen, dass die Diskussionen weitergehen werden. Auch er sei der Meinung sei, dass wenn man in Langenthal Budget- und Finanzpolitik betreiben wolle - was State of the Art wäre, in Bezug auf das vorliegende Budget aber klar nicht der Fall seien auch die Meinung der Finanzkommission, die auf Schwachpunkte hinweise, in die Botschaft gehöre. Dementsprechend möchte auch er, dass der Passus: *"Diese Beurteilung teilt auch die grosse Mehrheit der Finanzkommission"* nicht aus dem Text gestrichen werde. Wenn nämlich etwas passierten sollte, würde es sofort heissen, die Finanzkommission habe nicht orientiert. Die Finanzkommission habe aber, wenn auch spät, darauf hingewiesen, dass mit diesen grossen Investitionen in ein Problem hineingefahren werde.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 26. Oktober 2009

Sie habe auch darauf hingewiesen, dass dieser Finanzhaushalt nicht mehr steuerbar sei, weil zwei Abschreibungssysteme zur Anwendung kommen. Und die Finanzkommission habe auch darauf hingewiesen, dass wenn man nachhaltige Steuer- und Finanzpolitik betreiben wolle, man eigentlich bei einem Eigenkapital von Fr. 115 Mio., bei wiederkehrenden Mehrsteuern von Fr. 5 Mio., den Steuerzahlenden mehr als Fr. 1 Mio. zurückgeben sollte. Diese Punkte seien von der Finanzkommission festgehalten worden, womit seiner Meinung nach die Berechtigung des Satzes ausgewiesen sei. Ansonsten müsste dann auch über den Text der Befürworter diskutiert und daran herumgefeilt werden. Diese müssten dann auch erklären, was mit einem ausgeglichener Gemeindehaushalt gemeint sei, wenn man auf Seite 3 der Botschaft von Defiziten von Fr. 9 Mio, von Fr. 14 Mio, etc. lese.

Persönlich würde er am vorliegenden Budget nicht mehr zuviel machen. Er lehne den Antrag A der EVP/glp- und SP/GL-Fraktion ab, stimme dem Antrag B der EVP/glp- und SP/GL-Fraktion jedoch zu.

Stefan Ryser: Der Stadtratspräsident habe eingangs erwähnt, dass eine grosse Überarbeitung der Botschaft terminliche Schwierigkeiten bezüglich der rechtzeitigen Bereitstellung des Abstimmungsmaterials mit sich bringen könnte. Um diese Schwierigkeit zukünftig zu umgehen, schlage er vor, dass nicht nur die Minderheit - die ihre Aussagen zu Recht in die Botschaft hereinbringen könne - künftig auch die Mehrheit Gelegenheit erhalten sollte, Stellung zur überarbeiteten Botschaft nehmen zu können. Mit diesem Vorgehen würde die zeitliche Bedrängnis heute nicht bestehen.

Auch er sei der Meinung, dass ein Finanzkommissionsentscheid absolut nichts im Botschaftstext zu suchen habe. Die Finanzkommission sei eine vorberatende Kommission des Gemeinderates, der die Finanzen gegenüber dem Stadtrat beantrage. Aus diesem Grund sei für ihn klar, dass der Satz *"Diese Beurteilung teilt auch die grosse Mehrheit der Finanzkommission."* nicht in den Botschaftstext hineingehöre.

Betreffend Investitionen, vertrete er die Auffassung, dass die Stadt viele, viele Jahre unheimlich weniger investiert habe, als sie dies hätte machen können. Dementsprechend habe die Stadt nun grossen Investitionsnachholbedarf. Die Schulen seien zu sanieren, ob das nun Fr. 1 Mio. oder Fr. 10 Mio. kosten werde. Wichtig für ihn sei, dass - wenn diese Vorlage mit einem namhaften Betrag vor den Stadtrat komme - über diese Vorlage sauber und nicht in kaum nachvollziehbaren Pauschalbeträgen kommuniziert werde.

Markus Gfeller: Stadtrat Richard Bobst habe das Wichtigste zu den Abänderungsanträgen an und für sich schon gesagt. Seiner Meinung nach könne es aber nicht sein, dass die Mehrheit des Stadtrates über die Argumente der Minderheit bestimmen könne. Wenn die Argumentarien der Minderheit aufgelistet seien, dann müsse die Minderheit und nicht die Mehrheit dahinter stehen können.

Materiell und somit zum Streichungsantrag der EVP/glp- und der SP/GL-Fraktion stelle er fest, dass immer darüber diskutiert werden könne, ob man zur Finanzkommission etwas sagen wolle oder nicht. Für ihn sei eine Aussage zur klaren, wenn auch nicht ganz einstimmigen Haltung der Finanzkommission, welche zwischenzeitlich so ziemlich öffentlich sei, angebracht. Im Sinne einer offenen, ehrlichen und transparenten Information der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sei er sich nicht ganz sicher, wie denn die Unterschlagung dieses Ergebnisses in der Botschaft erklärt werden könnte. Und früher oder später würde die Presse ohnehin davon erfahren. Seiner Meinung nach gebe es daher keinen Grund und mache keinen Sinn den Satz *"Diese Beurteilung teilt auch die grosse Mehrheit der Finanzkommission."* aus dem Botschaftstext zu entfernen.

In Bezug auf die Reihenfolge der Meinungen sei bereits alles gesagt worden. Aus rein formeller Sicht denke er jedoch, dass der erste Antrag in zwei Teilen abgehandelt werden müsste.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 26. Oktober 2009

Stadtratspräsident Daniel Rügger ordnet an in einer ersten Runde über

- den Abänderungsantrag von Stadtrat Richard Bobst, FDP/jll-Fraktion zum Antrag der EVP/glp- und der SP/GL-Fraktion abzustimmen, wonach der Satz "*Diese Beurteilung teilt auch die grosse Mehrheit der Finanzkommission.*" nicht aus der Argumentation der Minderheit herausgestrichen werden soll, abzustimmen.

Im Anschluss daran werde über den

- Antrag A der EVP/glp- und der SP/GL-Fraktion betreffend die Reihenfolge der Argumentation und - abhängig vom Ergebnis der Abstimmung zum Abänderungsantrag von Stadtrat Richard Bobst - die Streichung des Satzes "*Diese Beurteilung teilt auch die grosse Mehrheit der Finanzkommission.*"

und dann über den

- Antrag B der EVP/glp- und der SP/GL-Fraktion betreffend Formulierungsänderungen im Text: "*b) Zur Höhe der vorgesehenen zusätzlichen, direkt abzuschreibenden Investitionen im Jahr 2010*")

separat abgestimmt.

Richard Bobst bittet zur Kenntnis zu nehmen, keinen Abänderungsantrag gestellt zu haben, über den es abzustimmen gelte.

Stadtratspräsident Daniel Rügger erklärt, dass das Votum von Stadtrat Richard Bobst einen Abänderungsantrag zum Antrag A der EVP/glp- und der SP/GL-Fraktion darstelle, da inhaltlich geklärt werden müsse, ob der Satz "*Diese Beurteilung teilt auch die grosse Mehrheit der Finanzkommission.*" im Botschaftstext bleiben solle oder nicht.

- **Der Stadtrat lehnt den Abänderungsantrag von Stadtrat Richard Bobst, FDP/jll-Fraktion, den Satz: "*Diese Beurteilung teilt auch die grosse Mehrheit der Finanzkommission.*" im Botschaftstext zu belassen, mit 19 Stimmen Nein gegen 13 Stimmen Ja (bei 4 Enthaltungen) ab.**
- **Der Stadtrat stimmt dem Abänderungsantrag A der EVP/glp- und der SP/GL-Fraktion betreffend die Reihenfolge der Argumentation und die Streichung des Satzes "*Diese Beurteilung teilt auch die grosse Mehrheit der Finanzkommission.*" mit 24 Stimmen Ja gegen 12 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen) zu.**
- **Der Stadtrat stimmt dem Abänderungsantrag B der EVP/glp- und der SP/GL-Fraktion betreffend Formulierungsänderungen im Text: "*b) Zur Höhe der vorgesehenen zusätzlichen, direkt abzuschreibenden Investitionen im Jahr 2010.*" mit 24 Stimmen Ja gegen 9 Stimmen Nein (bei 3 Enthaltungen) zu.**

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 24 Stimmen Ja gegen 12 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

1. Der Entwurf der Abstimmungsbotschaft vom 5. Oktober 2009 wird unter Einbezug der beschlossenen Änderungen genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



4. Überbauungsordnung Nr. 38 "FEG Weissensteinstrasse"; Erlass

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Würde man das im Jahre 1978, also vor gut 30 Jahren bewilligte, und seither betriebene Versammlungslokal der Freien Evangelischen Gemeinde mit den drei Wohnungen, welche in die Wohnzone W3 gehören, heute beantragen, so wäre, bezogen auf die heute gültige Rechtslage der Erlass der Überbauungsordnung wohl unabdingbar. Somit sei auch nachvollziehbar, dass der Gemeinderat unter Berücksichtigung der im Jahre 1985 geänderten Bestimmungen im Baugesetz - insbesondere durch die Einführung des Artikels 19 "Besondere Bauten und Anlagen" - den Erlass der Überbauungsordnung als notwendig erachte, nachdem die Freie Evangelische Gemeinde einen Ergänzungsbau zu den bereits bestehenden Bauten plane.

Bei der Überbauungsordnung Nr. 38 "FEG Weissensteinstrasse" handle es sich um eine projektorientierte Überbauungsordnung, die einerseits die planerischen Festlegungen im Sinne der bereits bestehenden Verhältnisse zum Inhalt habe und für die andererseits, für die geplanten Ergänzungsbauten, entsprechende Rechtsgrundlagen zur Erteilung der Baubewilligung geschaffen werden sollten. Die ÜO Nr. 38 bestehe somit eigentlich aus einer Zonenplanänderung. Der Planperimeter werde in Bezug auf die Nutzung und auf baupolizeiliche Vorschriften einer Spezialzone im Sinne von Art. 4 der Überbauungsvorschriften zugewiesen. Neu sei zudem die Festlegung eines öffentlichen Fussweges durch das Areal, womit eine öffentliche Verbindung zwischen der Weissensteinstrasse und dem Schmiedenmattweg ermöglicht werde. Die vorgesehene Erweiterung löse keine weiteren erschliessungstechnischen Massnahmen aus. Die Hauptzufahrt erfolge wie bisher von der Weissensteinstrasse her, Anlieferungen seien neu auch vom Schmiedenmattweg her möglich.

Für die Stadt sei es zudem wichtig, dass die vorliegende ÜO Nr. 38 "FEG Weissensteinstrasse" auf die geplante ÜO Nr. 39 "Weissensteinstrasse", welche sich in der Vorbereitung befinde, abgestimmt werde. Von Bedeutung sei sicher der Umstand, dass im Planperimeter der erforderliche Gesamtbedarf an Autoabstellplätzen nicht realisiert werden könne. Die Bauherrschaft habe die Möglichkeit, ausserhalb des Planperimeters Parkplätze durch Vereinbarungen sicherzustellen oder wenn dies nicht möglich wäre, Ersatzabgaben zu entrichten. Dies sei im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens zu regeln. Im Weiteren werde an dieser Stelle auf die beiliegenden Dokumente, den Überbauungsplan und die Überbauungsvorschriften verwiesen.

Die Unterlagen zur vorliegenden ÜO Nr. 38 "FEG Weissensteinstrasse" seien am 15. Oktober 2008, also ungefähr vor einem Jahr, bei der Stadt Langenthal eingereicht worden. Das Mitwirkungsverfahren habe zu einer einzigen Eingabe geführt. Diese habe allerdings verkehrsberuhigende Massnahmen in der Weissensteinstrasse verlangt und sei somit nicht zur Diskussion der bestehenden ÜO gestanden.

Vereinzelt sei zur Kenntnis genommen worden, dass im Rahmen des kantonalen Vorprüfungsverfahrens ein Raumplanungsbericht nach Art. 47 Raumplanungsverordnung (RPV) und Art. 118 der Bauverordnung (BauV) verlangt worden sei. Ein solcher Bericht sei in der bisherigen Praxis nicht notwendig gewesen. Dieser neu vom Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) verlangte Raumplanungsbericht bilde einen integrierenden Bestandteil für das jeweils entsprechende Geschäft und liege der Vorlage bei.

Der Vorprüfungsbericht sei dem Gemeinderat am 30. Januar 2009 eröffnet worden und verlange mit Ausnahme von wenigen formellen Anpassungen keine inhaltlichen Änderungen. Die Unterlagen seien zur öffentlichen Auflage vom 11. Juni 2009 bis 13. Juli 2009 freigegeben worden. In derselben Zeitspanne sei auch das Baugesuch für die vorgesehenen baulichen Massnahmen publiziert worden. Weder zur ÜO noch zum Baugesuch seien während der Auflagefrist Einsprachen eingegangen.

Der Antrag an den Stadtrat laute deshalb, den Erlass der ÜO Nr. 38 "FEG Weissensteinstrasse", unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums gemäss Art. 60 der Stadtverfassung, zu genehmigen.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 26. Oktober 2009

Helena Morgenthaler, GPK-Präsidentin: Den Ausführungen des Stadtpräsidenten habe entnommen werden können, dass für den geplanten Bau der Freien Evangelischen Gemeinde Weissensteinstrasse eine Überbauungsordnung, wie sie hier vorliege, unabdingbar sei. Weiter könne den Akten entnommen werden, dass es um eine Zonenplanänderung gehe. Unter Anderem gebe es einen neuen öffentlichen Fussweg. Auch werde die zulässige Gebäudelänge überschritten, usw.

Dem Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) sei die Überbauungsordnung bereits vor einem Jahr zur Vorprüfung zugestellt worden. Einige Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission würden die neue Praxis des AGR (Raumplanungsbericht) als einen Amtsschimmel empfinden, der an dieser Stelle etwas zu laut wiehere, wenn nach neuer Praxis Raumplanungsberichte erstellt werden müssen, obwohl die gesetzlichen Grundlagen bereits ausgewiesen seien.

Die Geschäftsprüfungskommission sei mit dem Verlauf des Geschäfts einverstanden und empfehle dem Erlass der ÜO Nr. 38 "FEG Weissensteinstrasse", wie er sich heute präsentiere, zuzustimmen.

Samuel Köhli, SP/GL-Fraktion: Die SP/GL-Fraktion stehe dem Projekt der Freien Evangelischen Gemeinde grundsätzlich positiv gegenüber. Die Fraktion würdige die solide Arbeit dieser ÜO und stimme dieser einstimmig zu, obwohl diese Erweiterungsbauten in einer Wohnzone W3 zu stehen kommen. Die SP/GL-Fraktion messe dieser Vorlage durchaus auch eine gewisse Präjudizwirkung für zukünftige Projekte anderer religiösen Gruppen im Sinne einer positiven Religionsfreiheit zu. Die SP/GL-Fraktion danke der Freien Evangelischen Gemeinde für die geleistete Arbeit und wünsche, dass die geplanten Erweiterungsbauten unter einem guten Stern zu stehen kommen.

Robert Kummer, FDP/jll-Fraktion: Die FDP/jll-Fraktion unterstütze den Antrag des Gemeinderates vollumfänglich aufgrund folgender Punkte:

- Im Gegensatz zu früher, als der Bau 1979 erstellt worden sei, ermögliche das heutige Baugesetz in einer Situation, wie sie hier vorliege - nämlich für besondere Bauten - eine Überbauungsordnung und nichts anderes.
- Eine ÜO sei unumgänglich, weil die baurechtlichen Vorgaben in der Zone W3 nach Meinung der FDP/jll-Fraktion nur um Wenig nicht eingehalten seien und weil es bereits eine stattliche Anzahl von vergleichbaren Überbauungsordnungen gebe, mit welchen den Bauherrschaften ebenfalls die nötige Rechtssicherheit gewährt worden sei, bevor diese ein Erweiterungs- oder Neubaudvolumen haben erstellen wollen.
- Zudem sei für die FDP/jll-Fraktion relevant, dass während der öffentlichen Auflage keine Einsprachen, auch nicht von betroffenen Anwohnern eingegangen seien, und, dass die Bau- und Planungskommission dem Antrag ebenfalls vorbehaltlos zugestimmt habe.

Manuel Ischi, EVP/glp-Fraktion: Die EVP/glp-Fraktion stimme dem Antrag des Gemeinderates ebenfalls einstimmig zu. Es sei einerseits so, dass die jetzige Situation ja eigentlich schon lange nicht mehr den Zonenvorschriften entspreche. Das bedeute, dass sogar allfällige Renovationen, die das Äussere des Gebäudes betreffen, blockiert würden. Schon vor diesem Hintergrund sei eine Überbauungsordnung unumgänglich. Natürlich sollte es nicht so sein, dass daraus ein Präjudizfall entstehe, womit - wenn etwas nicht mehr ganz zonenkonform sei oder wenn etwas Anderes erstellt werden möchte - einfach eine ÜO gemacht werden könne. Allerdings dürfte allen bewusst sein, dass dies nicht so einfach sei, wie es töne.

Vielleicht sollte man sich in Zukunft bei Zonenplanänderungen oder bei gewissen Anpassungen des Zonenreglements überlegen, gewisse Objekte - wie die Sonderbaute der Freien Evangelischen Gemeinde - bereits mit ein zu beziehen.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 26. Oktober 2009

Beat Sterchi: Aus aktuellem Anlass, stelle er dem Gemeinderat zwei Fragen, weil ihm nicht ganz klar sei, wo sich das vorliegende Bauvorhaben eigentlich vom Bauvorhaben zur Erweiterung der Moschee, welches etwas weiter aussen an der Bützbergstrasse liege, unterscheide. Bei beiden Bauvorhaben gehe es um ein Versammlungslokal. Das Gebäude der Freien Evangelischen Gemeinde befinde sich in einer Wohnzone, die Moschee in einer Wohn- und Gewerbezone, womit sich die Bauvorhaben auch in Bezug auf die Zonen sehr ähnlich seien.

Er frage den Gemeinderat deshalb, wann denn ein Objekt, das ein kirchlicher Bau sei, als überbauungsordnungspflichtig zu taxieren sei und wann - wie an der äusseren Bützbergstrasse - dafür eben keine Überbauungsordnung notwendig sei?

In diesem Zusammenhang stelle sich ihm eine zweite, wenn auch nicht ganz ernst gemeinte Frage, was für eine Antwort man der Freien Evangelischen Gemeinde aufgrund der vorliegenden Überbauungsordnung geben müsste, wenn diese einen Turm inklusive Glocken bauen wollte?

Stadtratspräsident Daniel Rügger stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine Bemerkungen zum Überbauungsplan oder zu den Überbauungsvorschriften gemacht worden seien und dass dazu keine Anträge vorliegen.

Stadtpräsident Thomas Rufener: Zum Votum von Stadtrat Beat Sterchi nehme er gerne Stellung.

Zu Frage zwei: Aus den Überbauungsvorschriften - worin von der Gebäudehöhe und von relativ klaren Umrissen die Rede sei - gehe heraus, dass es sich um eine projektbezogene Überbauungsordnung handle, bei der im Übrigen auch die Chance bestehe, dass sie gemäss den Vorstellungen realisiert werde, weil parallel zur Überbauungsordnungsverfahren bereits ein Baugesuch laufe. In Interpretation der Vorschriften, hätten die von Stadtrat Beat Sterchi geäusserten Vorstellungen (Turm mit Glocken) darin somit keinen Platz

Zu Frage eins: Der Gemeinderat habe in Anlehnung an das im Jahre 1985 geänderte Baugesetz und insbesondere auch unter dem Umstand, dass wenn zum Beispiel mit dem Ergänzungsbau Gebäudelängen beantragt worden wären, die absolut eine Ausnahme erfordert hätten, im Grundsatz entschieden. Insbesondere in Anbetracht dieses Umstandes sei - dies seien seine Kenntnisse - der Weg zur Überbauungsordnung gewählt worden.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung) unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:

- 1. Der Erlass der Überbauungsordnung Nr. 38 "FEG Weissensteinstrasse" wird genehmigt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



5. **Postulat (umgewandelte Motion¹) Zurlinden Urs (FDP) und Fiechter Fritz (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. Juni 2009: Erarbeitung eines Sportstätten-Konzepts und die Ergreifung der erforderlichen raumplanerischen Massnahmen; Stellungnahme**

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderätin Paula Schaub-Holt: Sportanlagen, Plätze und Räume, wo Kinder und Jugendliche sich frei bewegen, spielen und Sport treiben können, seien in dicht besiedelten und verkehrsreichen Stadtgebieten keine Selbstverständlichkeit mehr. Auch in Langenthal müssen solche Angebote gezielt erhalten, geplant und gegebenenfalls geschaffen werden.

Ein Sportstätten-Konzept beinhalte die Berücksichtigung von Faktoren, wie die Bevölkerungsstruktur und die Bevölkerungsentwicklung. Es frage nach den Bedürfnissen von Benutzergruppen, wie Schulen, Vereinen und Individualsportlerinnen- und sportlern und es betrachte auch die Attraktivität einer Sportart. Es berücksichtige die Tatsache, dass der Raumbedarf und Personalaufwand für ein Training des Tischtennisclubs völlig anders sei, als für ein Unihockey-Turnier. Es betrachte auch, welche Kapazitäten, was für Einrichtungen, wie viel Stauraum und welche Raumhöhen in den bestehenden Sportanlagen vorhanden seien. Und nicht zuletzt berücksichtige es auch die sportlichen Erfolge von Vereinen und Einzelsportlerinnen- und sportlern.

Ein Sportstätten-Konzept habe zum Ziel, eine Beurteilung des Ist- und Soll-Zustandes vorzunehmen und diese zu erfassen, zu bewerten und zu entwickeln. Es gehe auch darum, Einzelforderungen der Stadt und der Region in einen grösseren Zusammenhang zu stellen. Zwingend einbezogen werden müssen dazu auch Vereine, die selber Anlagen besitzen, bzw. Nutzende von nicht stadteigenen Anlagen wie beispielsweise der SCL, die KEB, der FCL oder das prominente und aktuelle Beispiel: der Tennisclub. Dabei würden Aspekte wie die Erreichbarkeit, das Parkplatzangebot oder die ÖV-Erschliessung eine Rolle spielen, und je länger je mehr sei auch die Sicherheit in Rechnung zu stellen.

Mit einem Sportstätten-Konzept würden sich Flächen im Zonenplan ausscheiden und bezeichnen lassen, die sich zukünftig nicht nur für die Erstellung von Anlagen, sondern auch für Bewegungsfreiräume eignen könnten. So gesehen, handle es sich eigentlich um ein Konzept für Sport- und Bewegungsräume. In Ausführung des Prüfungsauftrag gehe es darum, den Umfang, den Aufwand und die Fragestellungen der zu erwartenden Arbeiten zu umreissen und festzulegen.

Der Gemeinderat empfehle dem Stadtrat mehrheitlich das Postulat erheblich zu erklären. Langenthal sei eine sportfreundliche Stadt. Mit der Erheblicherklärung des Postulats könnte der Stadtrat dazu beitragen, dass Langenthal auch in Zukunft eine sportfreundliche Stadt bleibe.

Roland Christen, SVP-Fraktion: Die SVP sei gerne und auch weiterhin bereit den Breitensport und Spitzensport in Langenthal zu fördern. Die SVP sei auch bereit, Sportathleten bereits in der Volksschule und in der Sek 2 zu unterstützen, damit sie Sport treiben können. Die SVP sei ebenfalls der Meinung, dass die Stadt Langenthal ein Sportstätten-Konzept mit sämtlich daraus resultierenden Konsequenzen erarbeiten und umsetzen müsse. Bereits in den 80-er Jahren sei der Bedarf für ein Sportstätten-Konzept erkannt worden. Die Planer Fritz Hünig und Heinz Bösigger hätten damals ein solches Konzept ausgearbeitet. Leider habe dieses in der Politik und auch bei den Behörden keine grosse Resonanz gefunden.

Was die Stadt habe, sei aufgelistet und ersichtlich und werde in den vorliegenden Berichten als überdurchschnittlich gross bezeichnet. Wünsche von einzelnen Politikerinnen und Politikern, aber auch von Bürgerinnen und Bürgern seien in der Basis hörbar. Es gehe dabei um eine Sporthalle in der Grösse einer Dreifach-Sporthalle und um ein Hallenbad.

¹ Die Stadträte Zurlinden Urs (FDP) und Fiechter Fritz (SP) wandelten die Motion mit Mail vom 15. August 2009 in ein Postulat



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 26. Oktober 2009

Um dies alles ermitteln und planen zu können, benötige man nach Ansicht der SVP-Fraktion aber kein teures Beratungsbüro. Ein Bedürfniskatalog könnte durch die Angestellten der Stadt, durch die Mitglieder der Sportkommission und durch eine Fachberatung im Tagesansatz erstellt werden. Dazu werde kein Büro Strupler gebraucht, welches Fr. 50'000.00 bis Fr. 60'000.00 koste.

Die SVP-Fraktion appelliere einmal mehr an die Eigenverantwortung. Jeder Betrieb, jede Institution probiere solche, nicht unbedingt dringende Aufgaben in Eigenarbeit zu prüfen. In der SVP-Fraktion sei man auch erstaunt, nachdem der Vorstoss von der Motion in ein Postulat gewandelt worden sei und somit ein Prüfungsauftrag vorliege, dass die Sportkommission bereits jetzt beantrage, ein externes Büro damit zu beauftragen. Die Sportkommission sage auch, dass das Büro Strupler zur Sanierung der Dreifach-Sporthalle ebenfalls gebraucht werde.

Heute gehe es darum, der Sportkommission und dem Stadtbauamt die Legitimität zu geben, um die fortgeschrittenen Arbeiten starten zu können. Gemäss Berichterstattung des Stadtbauamtes könne Herr Strupler die Arbeiten nicht vor Sommer 2010 aufnehmen und würde dafür ein Jahr brauchen, so dass bis dahin wahrscheinlich von Mandatskosten bis Fr. 100'000.00 ausgegangen werden müsste.

Die SVP-Fraktion habe mit dem Vorgehen, wie es aufgegleist sei grosse Mühe und könne das Postulat mehrheitlich nicht unterstützen. Mit gutem Willen könnte die Stadt zusammen mit der Sportkommission die Eigenleistung selber erbringen. Das Ergebnis würde das selbe sein, wie dasjenige des Büros Strupler. Die SVP-Fraktion lehne das Postulat in vorliegender Form deshalb ab.

Stadtratsratspräsident Daniel Rüegger entschuldigt sich beim Postulanten Stadtrat Urs Zurlinden, ihm versehentlich das Wort im Anschluss an die Stellungnahme von Frau Gemeinderätin Paula Schaub-Holt nicht erteilt zu haben.

Urs Zurlinden: Da er den Vorstoss gemeinsam mit Stadtrat Fritz Fiechter eingereicht habe, hätte er diesen gerne mit dem heute leider krankheitsbedingt abwesenden Fritz Fiechter zusammen vertreten.

Es gebe nichts zu beschönigen. Sport habe auch seine Kehrseiten. Sport könne Knochen brechen, Sport könne Gewaltexzesse auslösen, Sport könne süchtig machen, Sport könne ungesund sein für den Körper und für die Seele und Sport könne viel Geld kosten. Sehr viel Geld. Sport sei ein Geschäft. Wenn man die Gagen der grossen Sportstars betrachte, könne man sich schon fragen, ob der Sport seine Moral endgültig verloren habe. Sport könne aber auch Antrieb für mehr Bewegung und mehr Gesundheit, eine Trainingsplattform für lebenswichtige Körperteile wie das Herz und die Lunge, ein Übungsfeld für die geistige Konzentrationsfähigkeit - auch für Politiker - ein Mittel gegen die zunehmende Fettleibigkeit der jungen Menschen, Spielplatz für die kindliche Sozialisierung, Lehrplatz für den Umgang mit Sieg und Niederlage, mit Angriffslust und Rücksichtnahme, usw. sein.

Nicht jeder müsse ein Sportfan sein. Aber jeder, der Sport als Schule für ein individuelles Wohlbefinden und gesellschaftliches Zusammenleben begriffen habe, erkenne die grosse Bedeutung dieser Art von Freizeitbeschäftigung. Sport sei unbestritten ein zentraler Bestandteil für die Lebensqualität in einer sozialen Gemeinschaft einer Stadt, was Spezialisten für Stadtmarketing schon längst herausgefunden hätten. Ein möglichst breites Sportangebot gehöre auf jeden Fall zum Standortvorteil einer Stadt, vielleicht sogar noch mehr als ein tiefer Steuersatz. Er sei deshalb froh, dass die Stadt Langenthal in den letzten Jahrzehnten in ihrer Entwicklung dem Sport immer einen grossen Stellenwert beigemessen habe. Das Pech wolle es, dass Langenthal weder an einem See - wo die Faszination von Wassersportarten ausgelebt werden könnte - noch in den Bergen liege, wo der Alpinsport für Attraktionen Sorge. Auch führe die Langete in der Regel etwas zu wenig Wasser, um die Alinghi darauf segeln lassen zu können.

Aus diesem Grund gelte für eine Stadt wie Langenthal auf diejenigen Sportarten zu setzen, für welche Möglichkeiten bestehen, sie auszuüben und welche bereits etabliert seien, wie beispielsweise Leichtathletik, Orientierungslauf, Eishockey, Fussball, Unihockey, Hornussen, Schwimmen, diverse Saalsportarten, etc.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 26. Oktober 2009

Dank den bestehenden Sportanlagen im Kreuzfeld, in der Rankmatte, in der "Badeli" und vor allem im Hardgeniesse Langenthal den Ruf eines Sportzentrums mit überregionaler Bedeutung. Dieser Standortvorteil dürfe nicht leichtfertig aus der Hand gegeben werden, weil dies fatale Folgen für die weitere Entwicklung von Langenthal hätte. Auslöser für den Vorstoss sei unter Anderem die Meldung gewesen, dass der Tennisclub seine Plätze im Dreilinden aufgeben müsse und an einen Wegzug nach Bützberg oder nach Lotzwil denke, da kein Alternativstandort in Langenthal gefunden werden könne.

Im Anschluss an die vom Stadtrat am 29. Juni 2009 unerheblich erklärte *"Motion Fiechter Fritz (SP) und Mitunterzeichnende vom 23. März 2009: Ausarbeitung einer Projektstudie für eine neue Kunsteisbahn/Curlinghalle unter Einbezug eines Hallenbades"* seien er und Fritz Fiechter sich rasch einig geworden, dass das Anliegen für gute Sportanlagen weiter zufassen sei und offener formuliert werden müsse. So sei die Idee entstanden ein Sportanlagen-Konzept erarbeiten zu lassen. Wie der Gemeinderat dies ausführe, sei selbstverständlich ihm überlassen. Vermutlich führe der Weg über eine seriöse Abklärung bei den Sportveranstaltern, wie ihre heutigen und wie ihre künftigen Bedürfnisse aussehen bzw. aussehen werden. Falls die Abklärungen ergeben sollten, dass auf dem Stadtgebiet Umzonungen für so genannte Sportzonen vorgenommen werden müssten, dann wären die entsprechenden raumplanerischen Massnahmen in die Wege zu leiten.

Weder ihm noch Stadtrat Fritz Fiechter gehe es darum, dass die Stadt die Sparschatulle öffne und ein paar Millionen vom onyx-Geld entnehme, um selbst einen Tennisplatz, selbst eine Eishalle oder selbst ein neues Fussballstadion zu bauen. Es gehe vielmehr darum, eine Bedürfnisanalyse zu erstellen woraus planerische Schlüsse gezogen werden könnten.

Entgegen der Meinung der SVP-Fraktion, ziehe er es vor, die Arbeit von Profis erledigen zu lassen und dafür auch gerne bereit zu sein etwas mehr Geld auszugeben, um ein einigermassen abgerundetes und vor allem zukunftsgerichtetes Konzept zu erhalten.

Er und Stadtrat Fritz Fiechter seien natürlich erfreut, dass der Gemeinderat ihre Idee schätze und das Postulat annehme. Ausserdem stimme es zuversichtlich, dass diese Meinung auch im Stadtrat vertreten werde. Der Gemeinderat verweise darauf, dass der Bedarf für ein Sportstättenkonzept eigentlich bereits in den 80-er Jahren erkannt worden sei. Damals habe man von den Architekten Fritz Hünig und Heinz Bösiger eine Sportstätten-Planung ausarbeiten lassen, welche dann jedoch tief in einer Schublade gelandet sei. Diese Planung habe - so stehe es lakonisch in den Unterlagen zum vorliegenden Postulat - allerdings von politischer wie behördlicher Seite nie eine verbindliche Relevanz erlangt. Er hoffe, dass es dem vorliegenden Postulat nicht gleich ergehe.

Stadtrat Fritz Fiechter und er hätten die ursprüngliche Motion in ein unverbindlicheres Postulat umgewandelt, nachdem sie in einem guten Gespräch mit dem Stadtpräsidenten und dem Stadtschreiber klare Hinweise erhalten hätten, dass der Gemeinderat die Motion als ungültig zurückweisen würde. Da ihnen die Sache wichtiger sei, als irgendeine juristische Debatte über die Zulässigkeit von Motionen und Postulate, seien sie mit der Umwandlung rasch einverstanden gewesen. Zudem stimme die Haltung des Gemeinderates, welcher bereits Abklärungen getroffen habe, wer und wann ein solches Sportstätten-Konzept erarbeiten könnte, zuversichtlich, dass das vorliegende Postulat nicht in einer Schublade landen werde.

Folgendes habe ihn allerdings erstaunt: Dem Mitbericht des Fachbereichs Recht vom 7. August 2009, könne entnommen werden, aus welchem Grund die Motion nicht gültig gewesen wäre, nämlich:

1. Der Gemeinderat sei oberste Vollzugs-, Planungs-, Verwaltungs- und Polizeibehörde. Ein Sportstätten-Konzept sei eine Planungsaufgabe und falle deshalb in die Kompetenz des Gemeinderates. Folglich sei kein verpflichtender Auftrag via Motion möglich.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 26. Oktober 2009

Der Vorstoss fordere den Gemeinderat aber auch auf, mit dem Sportanlagen-Konzept "*die erforderlichen raumplanerischen Massnahmen zu ergreifen*". Eine Massnahme wäre seines Erachtens beispielsweise eine Einzonung, eine Umzonung von Bauland oder zumindest eine Überbauungsordnung. Diese Sachen bzw. genannten Beispiele würden ganz klar nicht in den Kompetenzbereich des Gemeinderates fallen, sondern im Kompetenzbereich des Stadtrates liegen. Folglich wäre eine Motion sehr wohl möglich gewesen.

2. Im Mitbericht sei auch zu lesen, dass, weil das Erarbeiten eines Konzepts nicht mehr als ca. Fr. 60'000.00 koste, nur der Gemeinderat für das Geschäft zuständig sei. Würde der Beizug eines externen Spezialisten über Fr. 150'000.00 kosten, wäre das Geschäft im Kompetenzen des Stadtrates, womit also eine Motion möglich wäre.

Diese Aussage lasse den Schluss zu, dass Vorstösse nur dann verpflichtende Aufträge an den Gemeinderat sein können, wenn sie über Fr. 150'000.00 kosten. Sie dürfen also, um es anders auszudrücken, ja nicht etwas zu billig sein.

Die Diskussion über Motionen oder Postulate hinterlasse bei ihm den fahlen Nachgeschmack eines "Machtkämpfchens", von einer latenten Gegnerschaft zwischen Stadt- und Gemeinderat. Wenn es sich dabei um ein sportliches Zusammentreffen von zwei sich begegnenden Teams handle, habe er eigentlich nichts einzuwenden, auf politischer Ebene dagegen sei dieses Klima aber eher ungesund.

Mit dem Ziel etwas zu bewegen, die Stadt einen Schritt weiterzubringen und um vielleicht die eine oder andere Idee umzusetzen, sei er vor einem Jahr in die Politik eingestiegen. Er könne und möchte nicht als Sololäufer auftreten. Er könne und wolle nichts alleine durchbringen. Er möchte gerne gemeinsam mit der Mehrheit des Stadtrates und mit dem Gemeinderat als oberste Vollzugsbehörde etwas erreichen. Er möchte nicht einfach an einem, sondern am selben Strick ziehen. Nur so komme man vorwärts und könne die Stadt weiterbringen.

Ein Beispiel für ein solches gemeinsames Projekt könnte das Sportstätten-Konzept sein. Der Gemeinderat sei dabei, nun hoffe er natürlich, dass auch der Stadtrat mitziehe.

Michèle Rentsch-Ryf, EVP/glp-Fraktion: Die EVP/glp-Fraktion sei der Ansicht, dass die Erstellung eines Sportstätten-Konzepts absolut Sinn mache. Darunter stelle sie sich ein Konzept vor, das weitsichtig und über die Legislaturen hinaus denke, das sich Gedanken zu möglichen Standorten für neue Sportstätten mache, das Auskunft über Unterhalt und Renovation der bestehenden Sportanlagen gebe und sich nicht bloss mit Sportstätten an sich, sondern überhaupt mit Bewegungsraum auseinandersetze und es sollte die verschiedenen Begehrlichkeiten und Wünsche in Relation zur Realität stellen.

Langenthal nehme auch im Sport eine Zentrumsfunktion ein. Woche für Woche würden in Langenthal unzählige Bewegungsstunden in verschiedensten Sportarten auf verschiedensten Niveaus abgehalten. Diese Vielfalt an Sportarten und Niveaus sorge für unterschiedlichste Erwartungen an die Stadt Langenthal. Zudem verfüge Langenthal durch das hohe Eigenkapital über viel Investitionspotential. Diese beiden Punkte werden bestimmt dafür sorgen, dass es von verschiedensten Seiten immer wieder neue Ideen, Wünsche, Erwartungen und Projekte geben werde.

Aus diesen Gründen sei die EVP/glp-Fraktion sicher, dass es nur positiv sein könne, wenn bereits zum jetzigen Zeitpunkt übergreifend, vernetzt, zukunftsgerichtet und nachhaltig vorausgedacht werde. Anders als die SVP-Fraktion sei die EVP/glp-Fraktion der Meinung, dass ein Sportstätten-Konzept für eine Stadt in der Grösse Langenthals unbedingt durch ausgewiesene Fachpersonen erstellt werden müsse. Die EVP/glp-Fraktion unterstütze den Vorstoss einstimmig.

Florinda Wallkamm-Mauricio, FDP/jll-Fraktion: Die FDP/jll-Fraktion begrüsse es, dass der Gemeinderat diesmal gewillt sei, das Anliegen in Form eines Postulates zu überprüfen. Wie der Gemeinderat die Erhebung in Auftrag geben möchte, sei ihm überlassen. Die FDP/jll-Fraktion unterstütze das Geschäft so, wie es vorliege.



Stefanie Loser-Fries, SP/GL-Fraktion: Sie bedauere sehr, dass Fritz Fiechter heute Abend nicht selbst hier stehen und sein Postulat gemeinsam mit Stadtrat Urs Zurlinden vertreten könne.

Die SP/GL-Fraktion habe das Geschäft eingehend diskutiert. Sie unterstütze die Prüfung eines Sportstätten-Konzepts und werde das Postulat somit einstimmig unterstützen. Die SP/GL-Fraktion schliesse sich dem Votum von Stadtrat Urs Zurlinden, der die wichtigsten Punkte bereits erwähnt habe, sowie dem Votum von Stadträtin Michèle Rentsch-Ryf an.

Markus Gfeller: Nicht ganz uneigennützig aber im Sinne einer allgemeinen Feststellung betreffend Vorstösse (Motionen und Postulat), erlaube er sich auf die am Freitag Abend von Stadtschreiber Daniel Steiner verdankenswerter Weise zugestellte E-Mail-Nachricht hinzuweisen. Darin werde informiert, in welchem Falle man welches Instrument (Motion, Postulat) anwenden könne und zusätzlich sei darin auch zu lesen innert welcher Frist überwiesene Vorstösse zu behandeln seien. Diese Informationen hätten ihn sehr gefreut, insbesondere weil nicht nur die Stadtratsmitglieder, sondern auch die Gemeinderatsmitglieder mit dieser Nachricht beliefert worden seien - womit er gar nun nichts mehr zum zweiten Geburtstag seiner Postulate betreffend die Pensionskasse sagen müsse.

Franz Flückiger: Die SVP sei nicht gegen, sondern für den Sport. Wie Stadtrat Roland Christen in seinem Votum dargelegt habe, gefalle es der SVP-Fraktion lediglich nicht, vorgängig Fr. 60'000.00 in eine von externen Fachspezialisten oder von einer Sportspezialfirma geführte Untersuchung zu investieren. Persönlich sei er zudem der Meinung, dass Langenthal über Architekturbüros verfüge, denen der Auftrag mit diesem Leistungsumfang auch erteilt werden könnte.

Gemeinderätin Paula Schaub-Holt: Bevor das Postulat zur Abstimmung komme, weise sie ausdrücklich darauf hin, dass es um einen Prüfungsauftrag und nicht um eine Arbeitsvergabe gehe.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 27 Stimmen Ja gegen 7 Stimmen Nein (bei 2 Enthaltungen):

- 1. Das Postulat (umgewandelte Motion) Zurlinden Urs (FDP) und Fiechter Fritz (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. Juni 2009: Erarbeitung eines Sportstätten-Konzepts und die Ergreifung der erforderlichen raumplanerischen Massnahmen wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



6. Postulat Ischi Manuel (glp) vom 29. Juni 2009: Auftrag zur Prüfung von Massnahmen, insbesondere das Programm Peacemaker, zur Gewaltprävention an Langenthaler Schulen; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini: Die Schule fördere die Beziehungsfähigkeit von Schülerinnen und Schüler und verstehe sich als Ort des sozialen Lernens. Vertrauen sei die Grundlage für ein Zusammenleben in der Gemeinschaft und in der Gesellschaft. Die Schule fördere diese Fähigkeiten. Die Schule sei ein sozialer Erfahrungsraum, wo es möglich sei, Zusammenarbeitsregeln zu erproben und den Umgang mit Konflikten zu üben. Erfahrungen im Schulalltag fördere Friedfertigkeiten und Gewaltlosigkeit.

Wichtig Ziele des sozialen Lernens seien: Rücksichtnahme, Geduld, Achtung, Toleranz, Einfühlungsvermögen, Hilfsbereitschaft, Ehrlichkeit, Engagement und Mut. Die Lehrerinnen und Lehrer der Volksschulkommission Langenthal würden sich in ihrer täglichen Arbeit an den Leitideen zur Sozialkompetenz des Lehrplans für die Volksschule des Kantons Bern orientieren. Die Schulleitungen würden diese Aufgaben mit klaren und umsetzbaren Hausordnungen, Weiterbildungen für Lehrkörper, Kontakten zu den Eltern, Fachstellen und Behörden unterstützen. Gewaltprävention an den Schulen sei eine immerwährende Aufgabe. Und diese Aufgabe lasse sich nicht auf einzelne Lektionen reduzieren. Die Schulzentren hätten bereits mit wiederholten gemeinsamen Aktionen wie zum Beispiel "gruesse.ch" oder mit dem Beitritt zum Netzwerk Gesundheitsfördernder Schulen oder mit der Teilnahme am Projekt "Chili" des Schweizerischen Roten Kreuzes Willen zur Zusammenarbeit bewiesen und sich auch für eine gewaltfreie Schulung eingesetzt. Die Projekte würden punktuell und situationsbezogen von den Schulleitungen zusammen mit den Lehrerinnen und Lehrern eingesetzt.

Der Postulant verlange, dass der Gemeinderat Massnahmen zur Gewaltprävention an Langenthals Schulen, insbesondere das Programm Peacemaker prüfe. Der Gemeinderat lehne den Prüfungsauftrag ab und empfehle dem Stadtrat das Postulat als nicht erheblich zu erklären, weil der Auftrag zur Gewaltprävention im Lehrplan der Volksschule stehe. Die Schulleitungen würden die Verantwortung für die Weiterbildung der Lehrkräfte tragen. In der Volksschule seien es die Lehrpersonen, die als ausgewiesene Fachkräfte immer Präventionsarbeit leisten und in Konfliktsituationen passend reagieren können und es auch tun. Aus diesem Grund beantrage der Gemeinderat, dieses Postulat nicht erheblich zu erklären.

Manuel Ischi: Gewalt sei ein allgegenwärtiges Thema. Täglich sehe man Bilder und lese Berichte über jede mögliche Form von Gewalt. Manchmal komme dann die Frage auf, wie man dies verhindern oder zumindest vermindern könnte. Die Aufgabe einer funktionierenden Gesellschaft sei es, Gewalt untereinander einzudämmen. Jeder sei dafür verantwortlich. In erster Linie sicher die Familie, dann das nähere und fernere Umfeld, aber natürlich auch die Schulen, die - wie Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini bereits angesprochen habe - für die Bildung sozialer Strukturen, die im Umgang miteinander sowohl für Kinder und Jugendliche wie aber auch für Erwachsene wichtig sei.

Er habe mit der Einreichung des Postulats nicht beabsichtigt Lehrkräfte zu belehren oder ihnen gar vorzuwerfen, in Sachen Gewaltprävention nichts zu unternehmen. Er habe mit dem Vorstoss bezwecken wollen, dass man

- a) die Diskussion in einem weiteren Spektrum wieder einmal führe und
- b) Möglichkeiten aufgezeige, wie man das vorherrschende Präventions- und Aktionsprinzip, in dem vorwiegend der Schüler Autoritätsperson sei, durch ein Programm ergänzen könnte, mit dem Schüler Konflikte selbst und untereinander schlichten könnten.

Das vorgeschlagene Projekt Peacemaker beinhalte diese Vorgangsweise und biete sich darum gut dafür an..



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 26. Oktober 2009

Wie bereits erwähnt gebe es vergleichbare Programme (Beispiel das Projekt "Chili" des Roten Kreuzes). Das Postulat wolle ja, das etwas geprüft werde und vielleicht käme man bei einer Prüfung zum Ergebnis das "Chili" passender sei als das Projekt Peacemaker.

Dass sich die Lehrerschaft nicht gerne sagen lasse, wie sie die Arbeit erledigen solle, sei natürlich begreiflich. Irritiert habe ihn jedoch, dass bereits ein Prüfungsauftrag kategorisch abgelehnt werde. Zumal weder aus den Akten noch aus der Presse oder sonst irgendwo her zu erfahren gewesen sei, ob man das Projekt oder ein ähnliches schon einmal gesamtlangenthalerisch über die Volksschule angeschaut habe. Komisch sei auch, dass die Volksschulen, die sich nach dem kantonalen Leitbild des Lehrplanes für Volksschule des Kanton Berns richten, den darin aufgeführte Passus, der heisse "*Ein Satz von Friedensrichtern (Peacemakern)*" explizit ablehnen. Ein wenig befremdet sei er auch gewesen, dass über die Presse die Meinung seines Postulats rein auf physische Gewalt reduziert worden sei. Dabei könnte eigentlich jeder, der im Internet kurz auf das Projekt klicke sehen, dass es sowohl um verbale, non-verbale als auch um physische Gewalt gehe und alle drei Arten gleich stark gewichtet seien.

Das Postulat möchte lediglich prüfen, ob das Programm - welches übrigens in Langenthal, namentlich auf dem Wuhrplatz, bereits erfolgreich eingesetzt worden sei, als es um Littering und Sachbeschädigung gegangen sei - nicht an den Langenthaler Schulen eingesetzt werden könnte und, ob die Lehrer dieses Projekt nicht in täglicher Arbeit zusammen mit den Schülern anpacken könnten.

Nicht zu unterschätzen sei natürlich, was der Stadtrat in Sachen subjektive Sicherheitswahrnehmung zeige und ausstrahle, wenn er gemeinsam mit der Lehrerschaft ein solches Projekt angehen würde. Das Thema Gewaltprävention müsse gemeinsam angepackt werden. Der Gemeinderat sowie der Stadtrat und die Volksschulen von Langenthal sollten zusammen arbeiten, denn nur so könne man erfolgreich und konstruktiv etwas erreichen.

Die EVP/glp-Fraktion unterstütze das Postulat. Er bitte auch die anderen anwesenden Stadträtinnen und Stadträte mit zu machen, die Chance zu packen um gemeinsam etwas gegen Gewalt zu unternehmen.

Christoph Kuert, FDP/jll-Fraktion: Bei diesem Postulat gehe es eigentlich nicht so sehr darum, ob allgemeine Massnahmen zur Gewaltprävention an den Langenthaler Schulen zu prüfen seien, sondern, ob speziell das Programm Peacemaker einzuführen sei. Dabei müsse man sich zuerst darüber klar werden, was an den Langenthaler Schulen an Gewaltverhinderung bereits etabliert sei und was die Einführung von Peacemakern für die Schulen bedeuten würde. Beim Kontakt mit den Lehrpersonen werde rasch klar, dass Gewaltprävention, sei es nun physisch, verbal oder non-verbal, für eine Lehrerin oder einen Lehrer das "tägliche Brot" sei, und zwar von Unterrichtsbeginn an bis Unterrichtsende. Gewaltprävention stehe ja auch, wie bereits erwähnt, im kantonalen Lehrplan der Schule. Die Lehrerinnen und Lehrer seien deshalb auch in speziellen Kursen ausgebildet worden. Die Vorstellung, in Langenthal seien zusätzliche Massnahmen gegen die Gewalt an Schulen notwendig, sei angesichts des Ausbildungsstandes der Lehrerschaft und auch angesichts der Realität an den Schulen zu wenig begründet. Es gelte auch als erwiesen, dass an einer gut geführte Schule weniger Gewalt herrsche.

Sicher sei es eine gute Sache, wenn Jugendliche selbst zu Friedensstiftern angeleitet werden. Dies fördere auch die Zivilcourage. Eine Verantwortung zur Gewaltverhinderung allerdings, könne ihnen im Schulbereich nicht übertragen werden, ebenso wenig wie die Aufsicht auf dem Pausenplatz. Ihre Wirkung erfolge vor allem von der moralischen Seite her. Sehr wichtig in der Beurteilung der Zweckmässigkeit des Postulates sei aber auch der Umstand, dass die Ausbildung der Peacemaker durch nicht zur Schule gehörende Personen erfolge, durch externe Programmleiter. Hier ergebe sich nach Erachten der FDP/jll-Fraktion Friktionsmöglichkeiten mit den Lehrern, die ja eigentlich für die Gewaltprävention an der Schule verantwortlich seien und die sich in ihrem Kompetenzbereich auch gestört und eventuell sogar demotiviert fühlen könnten. Die Schulleitungen hätten auch klar gegen die Absicht des Postulates Stellung genommen.



Die FDP/jll-Fraktion sei mit grosser Mehrheit zur Ansicht gelangt, dass das Postulat abzulehnen sei. Die Fraktion möchte den Gemeinderat in seiner Absicht unterstützen, seine Energie und auch die notwendigen finanziellen Mitteln am besten in das Projekt "BELLangenthal" und in ein effizientes Sicherheitskonzept für unsere Stadt einzusetzen, was auch den Schulen zugute käme.

Nathalie Scheibli, SP/GL-Fraktion: Die SP/GL-Fraktion messe der Gewaltprävention in den Schulen einen hohen Stellenwert bei. Aus zwei Gründen könne sie jedoch das Postulat nicht unterstützen:

Geeignete Massnahmen zur Gewaltprävention zu ergreifen, sei eine operative Aufgabe und liege in der Verantwortung der Schulleitungen. Aus den Unterlagen gehe hervor, dass diesem Thema auch in Langenthal ein hoher Stellenwert beigemessen werde. Als Kindergartenlehrperson könne sie versichern, dass Gewaltprävention täglich in die Arbeit einer Lehrkraft einflüsse. Sie sei Teil des Lehrplans und somit ein Lehrauftrag für die Lehrkräfte. Schon kleinste Konflikte würden thematisiert und es werde auf gewaltfreie Kommunikation geachtet. Situativ müsse entschieden werden, welches Mittel zur Gewaltprävention zu ergreifen sei. Es wäre falsch, dazu nur Peacemaker zur Verfügung zu haben. Zudem berge es auch eine gewisse Gefahr, Jugendliche immer stärker mit Verantwortungen zu belasten, denen sie nicht gewachsen seien.

Gewalt passiere überall: In der Badi, nach den Hockeymatches, auf dem Wuhrlplatz usw. Und diese Gewaltakte seien weit häufiger als diejenigen auf den Schulgeländen während den Schulzeiten. Es wäre ein Trugschluss zu glauben, dass die Gewalt mit Peacemakern in der Schule abnehmen würde. Gewalt und Vandalismus in Langenthal müsse grossflächig über alle Institutionen angegangen werden. Nur mit einer guten Zusammenarbeit zwischen Schulen, Behörden, Eltern und Polizei könne man Ausschreitungen in den Griff bekommen. Hinschauen und reagieren sei von allen Seite gefragt. In der Schule werde hingeschaut und gehandelt. In der Freizeit, an den Abenden und Wochenenden sei es nicht mehr Aufgabe der Schule und somit wäre es auch nicht mehr die Aufgabe der Peacemaker in den Schulen.

Die Schule thematisiere Gewalt täglich, könne aber nicht Probleme ausserhalb der Schulzeit lösen und dort bestehe Handlungsbedarf. Darum werde die SP/GL-Fraktion dem Postulat nicht zustimmen.

Armin Flükiger, SVP-Fraktion: Da das Meiste bereits gesagt worden sei, stelle er zusammengefasst kurz fest, dass an den Langenthaler Schulen zur Zeit keine Gewaltszenen bekannt seien, die ein spezielles Handeln verlangen würden. In den Schulen sei man sich natürlich bewusst, dass Gewaltformen, seien es verbale, physische oder psychische vorkommen, einfach in einem Rahmen, zu dem gestanden werden könne. Allgemeine Gewaltprävention gehöre zum Alltag der Lehrpersonen, gehöre in den Lehrauftrag und gehöre zur täglichen Arbeit der Lehrkräfte, wie Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini bereits im Detail geschildert habe.

Zur Zeit seien spezielle Gewaltpräventionsprogramme am Laufen:

- Im Kreuzfeld IV sei das "Chili"-Projekt im Gange. Dieses Projekt sei eine konstruktive Konfliktbearbeitung des Schweizerischen Roten Kreuzes und laufe bereits seit Jahren.
- Das Kreuzfeld I bis III sei Mitglied des Schweizerischen Netzwerkes gesundheitsfördernder Schulen. Seit 2004 bestehe die Mitgliedschaft. Aufgrund der ständigen internen und externen Weiterbildungen im Bereich Gewaltprävention seien alle Bereiche angesprochen; Mobbing, Kommunikation, Schulkultur, Gesundheit.

Bei "Schule bewegt" sei man nur Mitglied, wenn man die entsprechenden Weiterbildungen jährlich wiederhole und immer absolviere, ansonsten sei keine Mitgliedschaft möglich. Aktuell würden gewaltfreie Kommunikation, lösungsorientierte Gespräche in Zusammenhang mit den Lehrkräften, Eltern, Schülerinnen und Schülern laufen.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 26. Oktober 2009

Das Programm "Peacemaker" sei ein gutes Produkt zur Gewaltprävention, wie das "Chili"-Projekt oder die Weiterbildungen der Erziehungsberatung. Das Programm wäre sicher einsetzbar in den Schulen. Die Schulen hätten das Programm bereits vor Jahren geprüft. Es sei dann jedoch für die Schulsituation in Langenthal als nicht nachhaltig bewertet worden. An dieser Meinung werde noch heute festgehalten.

Die Schulen würden heute die Verantwortung bezüglich Gewaltprävention klar auf die Lehrkräfte und nicht auf die Schülerinnen und Schüler übertragen. Stadträtin Nathalie Scheibli habe die Belastung der heutigen Jugendlichen bereits angesprochen.

Das Programm Peacemaker löse zur Zeit auch Kosten aus, die - so habe man das Gefühl - auch anderweitig eingesetzt werden könnten. Ein möglicher Einsatz zu einem späteren Zeitpunkt, falls dies notwendig wäre, könne nicht ausgeschlossen werden, weil die Möglichkeit bestehe, dass mit zusätzlichen Anträgen auch der Gebrauch von Geld ausgelöst werden könnte.

Das Fazit der SVP laute: Die SVP lehne das Postulat ab, da Gewaltprävention in den Langenthaler Schulen zum Alltag gehöre. Sie beginne am Morgen mit dem Grüßen und ende mit dem Verabschieden nach dem Unterricht. Aus diesem Grund sei eine Überprüfung nicht speziell notwendig. Das Programm Peacemaker sei bestimmt ein gutes Programm, zur Zeit aber für die Langenthaler Schulen nicht sinnvoll, weil vorhandene Probleme damit nicht gelöst werden könnten. Zur Zeit sei das Programm zu punktuell und zu wenig nachhaltig.

Was die Kosten betreffe, so wäre er persönlich froh, wenn jeder Franken eingesetzt werden könne, damit der Vandalismus zurückgehe. Beim Schulhaus sehe man wieder geknickte Fahnenstangen. Vandalismus sei etwas, das viel mehr beschäftige als Gewalt. Die SVP-Fraktion wolle zur Zeit keine Schüler als Polizisten, da diese mit sich selbst genug beschäftigt seien, sondern die SVP-Fraktion wolle die Verantwortungsübernahme bei der Lehrerschaft.

Beat Sterchi: Für das Anliegen von Stadtrat Manuel Ischi habe er eine gewisse Sympathie. Er erachte den Vorstoss als recht gut überlegt und auch gut begründet, den man durchaus auch hätte prüfen können. Dementsprechend finde auch er es etwas unsauber, wie das Anliegen von den Schulleitungen und von anderen Leuten in den Zeitungen abgeputzt worden sei. Er nehme aber zur Kenntnis, dass die Schulleitungen und die Lehrkräfte die Verantwortung für die Gewaltprävention in Langenthal übernehmen wollen, was eigentlich auch etwas Positives sei. Persönlich beurteile er den Erfolg der Schulleitungen und der Lehrkräfte allerdings nicht so positiv, wie es hier von der Schulkommission und von den Schulleitungen her töne.

Wenn man geknickte Fahnenstangen habe, dann erwarte er auch, dass die Lehrkräfte entsprechend durchgreifen. Es sei nicht damit getan zu hören, sie würden weitergebildet, sondern, dass dies einmal aufhöre. An dieser Verantwortung, die hier öffentlich kundgetan worden sei, würden die Lehrkräfte nun gemessen werden. Wenn die Lehrkräfte das Gefühl haben, dass keine weiteren Mittel notwendig seien, dann sei er bereit, ihnen im Moment zu glauben. Aus diesem Grund und trotz Sympathien für das Anliegen, stimme er nun der Mehrheit zu und lehne das Postulat ab. Er erwarte aber klar - wie das heute versprochen worden sei - dass von den Schulleitungen und von den Lehrkräften die Gewaltprävention ernsthafter, besser und wirkungsvoller in Langenthal durchgeführt werde, da die Situation so wie sie jetzt sei, von ihm aus gesehen ungenügend sei.

Nathalie Scheibli: Sie sei sich nicht ganz sicher, ob Stadtrat Beat Sterchi ihre Worte verstanden habe. Die Aufgabe der Lehrkräfte bestehe darin Gewalt und Vandalismus während der Schulzeit und auf den Schulgeländen in den Griff zu bekommen. Was Stadtrat Armin Flükiger angeschnitten habe, seien aber Vorfälle ausserhalb dieses Bereiches und dazu halte sie ganz klar fest, dass von Lehrkräfte dazu keine Versprechungen abgegeben werden. Bei Vorfällen ausserhalb des Schulbetriebs seien alle und in erster Linie die Eltern gefordert hinzuschauen.

Beat Sterchi: Wenn Schulanlagen demoliert und Fahnenstangen geknickt werden, dann sei dies eben eine Angelegenheit der Schule. Da erwarte er eben keinen Formalismus, der sich bloss auf den Lehrplan beziehe, sondern er erwarte von den Persönlichkeiten wie den Schulleitern und Lehrkräften, dass sie eingreifen.



Manuel Ischi: Mit Interesse habe er die Diskussion verfolgt. Es sei wahr und er habe auch nie bestritten, dass bereits viel gemacht werde. Er habe lediglich einen weiteren Weg aufzeigen wollen, wie man nicht die Verantwortung, aber doch eine gewisse Courrage an die Schüler abgeben könnte. Er habe mit betroffenen Schülern und Jugendlichen gesprochen, die im Projekt Peacemaker auf dem Wuhrplatz mitgearbeitet hätten und habe von Seiten dieser Jugendlichen ein durchwegs positives Feedback bekommen. Es habe also nicht danach geklungen, als ob die Jugendlichen durch die ihnen durch die Peacemaker-Tätigkeit aufgebürdete Last, belastet oder geschädigt worden seien. Im Gegenteil sie hätten es sehr positiv gesehen und hätten gemerkt, dass man selbst etwas bewirken könne, wenn man mit einer Vorbildfunktion voran gehe.

Das Programm Peacemaker sei, wie gesagt eine ergänzende Massnahme. Er behaupte, wenn Schüler etwas gefördert würden, sich auch untereinander und gegenseitig mehr zu achten, dass dieses Verhalten dann auch Einfluss auf Zeiten ausserhalb der Schulzeit hätte. Sie würden ja, wenn sie die Schule verlassen ihr symbolisches "Peacemaker-Fähnchen" nicht abgeben, sondern sie würden ja so geschult, dass sie auch nebst der Schule diese Verantwortung übernehmen könnten, wie dies auch schon passiert sei. Es gehe hier wie gesagt um Prävention. Somit müsse nicht abgewartet werden, bis etwas passiere um dann im Nachhinein zu merken, dass man das Projekt brauche oder, dass es sinnvoll gewesen wäre, wenn man das Projekt früher eingesetzt hätte.

In einem vorangegangenen Votum sei erwähnt worden, dass das Programm schon einmal geprüft worden sei. Wenn dies zutreffend wäre, dann müsste der Antrag für das Postulat seiner Meinung nach doch eigentlich auf Erheblicherklärung mit gleichzeitiger Abschreibung lauten?

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 28 Stimmen Nein gegen 4 Stimmen Ja (bei 4 Enthaltungen):

- 1. Das Postulat Ischi Manuel (glp) vom 29. Juni 2009: Auftrag zur Prüfung von Massnahmen, insbesondere das Programm Peacemaker, zur Gewaltprävention an Langenthaler Schulen wird nicht erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 26. Oktober 2009

7. Interpellation der SP/GL-Fraktion vom 29. Juni 2009 betreffend die Schliessung des Therapiebades im Alterszentrum Lindenhof; Beantwortung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stefanie Loser-Fries, SP/GL-Fraktion: Der Stadtrat habe heute Abend der Schenkung in der Höhe von Fr. 300'000.00 (Traktandum Nr. 1 "*Therapiebad Lindenhof; Umwandlung eines zinslosen Darlehens (Fr. 300'000.00) in eine Schenkung; Genehmigung*") zugestimmt, womit sich eine weitergehende Stellungnahme zur vorliegenden Interpellation erübrige.

Im Namen der SP/GL-Fraktion, welche die Schliessung des Therapiebades Lindenhof sehr bedauere, danke sie dem Gemeinderat für die Beantwortung der Fragen.

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 9. September 2009 und die Ausführungen der Interpellanten zur Kenntnis.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



8. Interpellation Bossard Luzia (GL) vom 29. Juni 2009 betreffend sichere Schulwege (Installation einer Ampel über die Mittelstrasse/Schulanlage Kreuzfeld); Beantwortung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Luzia Bossard: Sie danke dem Gemeinderat, dem Amtsvorsteher für öffentliche Sicherheit Herrn Andreas Ryf und den zuständigen Beamten für ihre Arbeit und die Antworten. Es sei ja nicht das erste Mal, dass das leidige Thema Mittelstrasse mit der unzumutbaren Überquerungsmöglichkeit für Kindergarten- und Schulkinder zur Diskussion stehe - und wohl leider auch nicht das letzte Mal.

Was den Umgang mit den Petitionärinnen und Petitionären betreffe, so halte sie fest, dass eine Einladung zum Gespräch, zu einer Diskussion und zum Austausch die Grundlage einer professionellen und bürgerfreundlichen Haltung sei. Anliegen der Bevölkerung seien für die gewählten Volksvertreter ein Auftrag und müssten entsprechend ernst genommen werden.

Eltern mit schon erwachsenen Kindern würden sich auch noch sehr gut an die Schulwegzeit ihrer Kinder über die Mittelstrasse erinnern. Erinnerungen an eine tägliche, mehrmalige Begleitung - oder an die nur mit viel Gott-Vertrauen allein auf den weg gelassenen Kinder.

Die vom Gemeinderat geäusserte Idee, die ganze Mittelstrasse umzugestalten, sei vor dem Hintergrund zu begrüssen, dass damit die Chance bestünde, hier ein Zeichen für den Langsamverkehr zu setzen. Strassen in der Stadt sollten wieder vermehrt zu Lebensräumen werden, anstatt als reine Durchflusssysteme für den Schnellverkehr missbraucht zu werden. Bezogen auf die Mittelstrasse bedeute dies konkret: Sichere Schulwege anstatt freie Fahrt für die Autos!

Der Schulweg sei für jedes Kind ein Stück Lebensweg. Unter den Überlegungen des Gemeinderats stehe: *"Der fragliche Fussgängerstreifen ist in baulicher Hinsicht einwandfrei, vorschriftsgemäss beschildert, gut ausgeleuchtet und überschaubar. Der Fussgängerstreifen entspricht den heutigen Anforderungen und Empfehlungen der bfu."* Andererseits könne man in den Unterlagen lesen - und man wisse das auch, wenn man die Entwicklung des Kindes genau und ernst nehme - dass

- die Wahrnehmung der Kinder anders sei als bei Erwachsenen
- erst ab dem 8. Lebensjahr das Gehör auch im Strassenverkehr regelmässig eingesetzt werde
- ein Kind Entfernungen erst ab dem 9. Lebensjahr einschätzen könne
- das Sichtfeld erst mit dem 12. Lebensjahr voll entwickelt sei.

Es möge wohl sein, dass die Verkehrssituation im Rahmen der geltenden Gesetzgebungen den Vorschriften entspreche. Eine Stadt wie Langenthal, die Wohn- und Lebensqualität für Familien anbieten wolle, sollte den Langsamverkehr in jedem Fall bevorzugen. Wer aber auf die Schaffung von sicheren Schulwegen aus sei, für den genüge die Aussage nicht, dass die Situation den Vorschriften entspreche. Eine aktivere Haltung gegenüber den berechtigten Anliegen engagierter Eltern und Bürgerinnen und Bürgern wäre aus ihrer Sicht gerechter.

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 9. September 2009 und die Ausführungen der Interpellanten zur Kenntnis.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 26. Oktober 2009

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



9. Antrag von Steiner Daniel (EVP) vom 29. Juni 2009 betreffend Traktandierung der Vergabe des Ratskredits an einer der nächsten Stadtratssitzungen; Grundsatzbeschlussfassung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtratspräsident Daniel Rüeegger: Es gehe heute darum einen Grundsatzbeschluss zu fassen. Seitens von Stadtrat Daniel Steiner sei ihm beantragt worden, das Traktandum "Vergabe eines Ratskredites durch den Stadtrat" auf eine der nächsten Traktandenlisten aufzunehmen.

Der Ratskredit sei ja nichts Neues für den Stadtrat. Er sei bereits existent gewesen und das letzte Mal im Jahre 2003 gesprochen worden. Aus Spargründen sei er dann aus dem Budget gestrichen worden. Der jährlich zu vergebende Betrag habe sich auf Fr. 1'000.00 belaufen und sei jeweils an unterstützungswürdige Organisationen oder an Persönlichkeiten ausgerichtet worden. Die Stadtratsfraktionen hätten abwechslungsweise beantragen können, wem der Beitrag zugesprochen werden sollte. Das letzte Mal im Jahre 2003 habe die SVP-Fraktion den Ratskredit an die Zauberlaterne Langenthal ausrichten lassen.

Heute solle im Rahmen eines Grundsatzbeschlusses über das Recht gemäss Art. 61 Abs. 2 Ziff. 12 der Stadtverfassung diskutiert werden. Wenn der Rat zu einer positiven Haltung komme, werde das Büro des Stadtrates beauftragt, einen Bericht und Antrag auszuarbeiten um den Zeitpunkt der Wiedereinführung, die Höhe und dessen Modalitäten zu definieren. Anlässlich einer nächsten Sitzung werde der Antrag dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt. Sollte der Rat die Wiedereinführung dieses Ratskredites nicht wollen, dann würden keine weiteren Vorkehrungen nötig sein.

Daniel Steiner: In der Verfassung der Stadt Langenthal stehe unter Art. 61 Abs. 2 Ziff. 12: *"In endgültiger Zuständigkeit beschliesst der Stadtrat über die Verwendung eines in den Voranschlag aufzunehmenden Ratskredites des Stadtrates."* Die Verfassung sehe also explizit ein Recht vor, das die Mitglieder des Stadtrates in eigener Kompetenz ausüben könnten. Viele andere Geschäfte, wenn nicht sogar alle, würden von der Verwaltung, denn Kommissionen und der Exekutive begleitet und vorbereitet. Beim Ratskredit aber sei der Stadtrat eigener Herr und Meister, ohne vorberatende Behörden, ohne Anträge, ohne Empfehlungen von dritter Seite.

Mit dem Ratskredit könnte der Stadtrat die Arbeit von unterstützungswürdigen Personen und Organisationen würdigen. Engagements für die Gesellschaft, für die Bildung, für die Kultur, für Randständige, etc. könnten mit einem Geldbetrag honoriert werden. Schliesslich, und dies sei vielleicht auch wesentlich, würden die Gewürdigten damit die mediale Aufmerksamkeit erhalten, die sie genauso verdient hätten, wie andere Personen und Organisationen, die mit etwas grösserem Traritrara auf sich aufmerksam machen. Der Ratskredit sei darum eine schöne symbolische Geste des Stadtrates für die "stillen" Schaffer der Gesellschaft. Ein Weihnachtsgeschenk des Stadtrates (früher sei das Geschenk an der Weihnachtssitzung verteilt worden) an Personen und Organisationen, die häufig nicht auf finanzielle Rosen gebettet seien, aber wichtige ehrenamtliche Stützen unserer Gesellschaft seien.

Als Antragsteller hoffe er sehr, dass der Stadtrat das Recht wieder wahrnehme. Die Vergabe des Ratskredites sei 2003 aus rein finanziellen Gründen eingestellt worden. Grundsätzliche Kritik am Instrument des Ratskredites sei noch nie geäussert worden. Im Gegenteil: Auch die revidierte Stadtverfassung von 2007 enthalte die Möglichkeit den Ratskredit auszurichten, ohne dass darüber in den Vernehmlassungen und Beratungen auch nur einmal eine Diskussion stattgefunden habe

Vielleicht sei noch nicht von allen realisiert worden, dass der Ratskredit bereits im Voranschlag 2010 mit Fr. 2'000.00 eingestellt worden sei, womit also alle Voraussetzungen gegeben wären diesen Kredit auch wirklich wieder einzusetzen. Konsequenterweise müssten eigentlich alle, die dem Voranschlag 2010 zugestimmt haben, auch der zukünftigen Vergabe des Ratskredites zustimmen, ansonsten dieser Budgetposten am 24. August 2009 aus dem Voranschlag hätte gekippt werden müssen.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 26. Oktober 2009

Er hoffe auf eine breite Unterstützung, den Ratskredit wieder einzuführen. Damit würde der Stadtrat ein Zeichen setzen, nicht nur von Steuersätzen, Abstimmungsbotschaften, Gemeindefusionen, Überbauungsordnungen und politischen Vorstössen geprägt zu sein, sondern, dass ihm auch Engagements für die Gesellschaft wichtig seien und dass er diese auch würdigen wolle.

Beatrice Lüthi, FDP/jll-Fraktion: Es sei ein schönes Déjà-vu, wieder einmal hier zu stehen. Sie danke herzlich für den Empfang und freue sich wieder im Stadtrat dabei zu sein.

Als eine im Justizdepartement tätige Juristin, habe sie heute im Zusammenhang mit Demokratie und im Umgang mit Minderheiten schon wieder viel gelernt. Dementsprechend werde sie es wahrscheinlich wohl wagen, wenn es auf Bundesebene um die Ausarbeitung von Abstimmungsbüchlein gehe, mit der Bundeskanzlei Kontakt aufnehmen, um zu schauen, ob man die drollige Praxis der Stadt Langenthal nicht auch auf Bundesebene übernehmen sollte, womit man dödelige Argumente und dödelige Formulierungen von dödeligen Initiativkomitees einfach gerade selbst formulieren könnte. Auf Bundesebene müssten diese Formulierungen allerdings noch übersetzt werden, ansonsten liesse sich damit aber immerhin ein wenig Zeit und Geld sparen.

Die FDP/jll-Fraktion sei mit dem Grundsatzbeschluss, den Ratskredit wieder aufzunehmen, einverstanden. Allerdings sei es so, dass die Fraktion diese Tradition nicht dell gell weiterführen möchte wie bisher. Der Beschlussesentwurf laute, dass das Büro des Stadtrates im Sinne der Beratung anlässlich der Stadtratssitzung beauftragt werde. Dem entsprechend möchte die FDP/jll-Fraktion dem Büro den Auftrag geben, sich zu überlegen,

- a) ob es wirklich Fr. 1'000.00 sein müssen. Das heisse nun aber nicht, dass die FDP/jll-Fraktion weniger als Fr. 1'000.00 oder mehr vergeben möchte. Im Budget 2010 seien dafür ja bereits Fr. 2'000.00 eingestellt.
- b) was unterstützungswürdig sei oder wen man unterstützen könnte/wollte/sollte. Sie erinnere daran, dass es noch andere Preise, wie den Kulturpreis oder den Sozialpreis, gebe. Von daher, gelte es Überlegungen anzustellen, was wo berücksichtigt werden sollte.
- c) wie die Modalitäten sein sollen. Es müssten ja nicht die Fraktionen sein, die den Antrag stellen, wie es im Antragsentwurf stehe. Man könnte sich da auch etwas anderes überlegen.

In diesem Sinne sei die FDP/jll-Fraktion für die Wiedereinführung des Ratskredites, bitte aber, den Fokus nicht zu eng zu stellen, sondern wirklich etwas Kreativität walten zu lassen.

Roland Christen, SVP-Fraktion: Weil die Vergabe eben kompliziert sei, sei die SVP-Fraktion der Meinung, an der heutigen Situation nichts zu ändern. Die SVP-Fraktion wolle keine Wiedereinführung des Ratskredites. Der Gemeinderat mache vermehrt Gebrauch von seinem Recht, ausserordentliche Ereignisse mit einem Kredit oder einer Spende zu unterstützen, was die SVP auch als richtig befinde. Einerseits sei die Stadt aus verschiedenen Gründen nicht in der Lage und auch nicht bereit, die jährlichen Beiträge von Vereinen zu erhöhen und andererseits sollen sich dann die Parteien abwechslungsweise jährlich im Turnus profilieren und die Lieben und Guten spielen. Zudem könne höchstens alle 4 oder 5 Jahre Einfluss auf die Vergabe genommen werden. In der Zwischenzeit könne man lediglich nicken, wenn eine der anderen Fraktionen sage wie es gehe bzw. wer den Ratskredit erhalten solle. Die SVP-Fraktion empfehle, den Antrag abzulehnen.

Stefanie Loser-Fries, SP/GL-Fraktion: Die SP/GL-Fraktion habe den Antrag von Daniel Steiner geprüft und finde die Idee, dass der Rat eine Institution aus Langenthal mit einem Betrag von beispielsweise Fr. 1'000.00, - oder wie vorhin gesagt worden sei auch etwas höher -- unterstützen könnte, sympathisch. Auch die SP/GL-Fraktion möchte die Tradition wieder aufleben lassen und stimme dem Antrag in allen Punkten mehrheitlich zu.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 26. Oktober 2009

Daniel Steiner: Er unterstütze die Forderung von Stadträtin Beatrice Lüthi, Kreativität walten zu lassen. Auch er sei der Meinung, dass offen geprüft werden sollte, an wen, in welchem Turnus und unter welchen Modalitäten der Ratskredit verliehen werden soll.

Bezugnehmend auf die Aussage von Stadtrat Roland Christen halte er fest, dass die Vergabe des Ratskredits ein Recht des Stadtrates sei. Die Verteilung von Beträgen durch den Gemeinderat sei somit etwas ganz anderes. Beim Ratskredit würden die Mitglieder des Stadtrats über die Verwendung entscheiden können, was doch noch ein kleiner Unterschied sei, zumal der Stadtrat dem Gemeinderat nicht dreinreden könne, wie er das zu tun habe.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 26 Stimmen Ja gegen 10 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Die Wiederbelebung des Rechts des Stadtrates auf Verwendung eines Ratskredites im Sinne von Art. 61 Abs. 2 Ziff. 12 der Stadtverfassung wird im Grundsatz gutgeheissen.**
- 2. Das Büro des Stadtrates wird beauftragt, im Sinne der Beratungen anlässlich der Stadtratssitzung vom 26. Oktober 2009 einen Bericht mit Antrag auszuarbeiten, die den Zeitpunkt der Wiedereinführung des Ratskredits, die Höhe des Betrages sowie die Modalitäten (Turnus der antragstellenden Fraktionen), etc. beinhaltet und diese dem Stadtrat anlässlich einer nächsten Sitzung zur Beschlussfassung vorzulegen.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 26. Oktober 2009

10. Sitzungsdaten des Stadtrates 2010; Festlegung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtratspräsident Daniel Rügger informiert, dass die vom Gemeinderat am 16. September 2009 ausgearbeiteten Terminvorschläge einen Schreibfehler enthalten, den es zu korrigieren bzw. zu berücksichtigen gelte. Die erste von zwei März-Sitzungen finde nicht am 8. März 2010, sondern am **1. März 2010** statt.

Da der Sitzungstermin der Geschäftsprüfungskommission dadurch auf den Faschnachtsmontag (22. Februar) fallen würde, finde die Sitzung der Geschäftsprüfungskommission deshalb am **Dienstag, 23. Februar 2010** statt. Alle Mitglieder der GPK seien darüber informiert und hätten diesem Vorgehen zugestimmt.

Sitzungsdaten 2010

Stadtrat

Geschäftsprüfungskommission

Montag:

25. Januar

~~08. März~~ **01. März**

29. März

10. Mai

28. Juni

23. August

20. September

25. Oktober

29. November

20. Dezember

Montag:

18. Januar

23. Februar (**Dienstag**)

22. März

03. Mai

21. Juni

16. August

13. September

18. Oktober

22. November

13. Dezember

Seitens des Präsidialamtes werde alles getan, die Akten am 16. Februar 2010 zu verschicken, so dass die Fraktionen am 17. Februar 2010 im Besitz der Akten sein werden. Damit sollte trotz Fasnacht eine fundierte und gute Vorbereitung für die Sitzung am 1. März 2010 stattfinden können.

Zur Kenntnis zu nehmen sei auch, dass zur Bewältigung des Traktandenumfangs für nächstes Jahr nicht 8, sondern 10 Stadtratssitzungen geplant seien. Er hoffe, dass es dadurch keine Marathon-Sitzungen mehr geben werde, wie sie dieses Jahr vorgekommen seien.

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt von den Sitzungsdaten 2010, von den Schulferien 2010/2011 und den vorgesehenen Abstimmungsdaten 2010 Kenntnis.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 26. Oktober 2009

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



11. Kenntnisgabe der Ressortbildung und der Ressortzuteilung gemäss Artikel 64 Stadtverfassung durch den Gemeinderat mit Wirkung ab 1. Oktober 2009

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Die durch den Austritt (per 30. September 2009) von Kurt Blatter aus dem Gemeinderat entstandene Vakanz, habe im Gemeinderat zu Überlegungen in Bezug auf die Ressortzusammensetzung sowie die Ressortzuteilung geführt. Der Gemeinderat sei zum Schluss gelangt, zum jetzigen Zeitpunkt von der Ressortzusammensetzung nicht abweichen zu wollen. Innerhalb des Verfahrens, welches der Gemeinderat festlege und anwende, habe es sich deshalb ergeben, dass das bisher von Kurt Blatter geleitete Ressort Sozialwesen/Altersfragen ab 1. Oktober 2009 von Gemeinderat Reto Müller übernommen werde.

■ Präsidial / Bau- und Planungswesen / Regionale Zusammenarbeit / Stadtmarketing und Tourismus

Rufener Thomas, Stadtpräsident (SVP)

■ Finanz- und Steuerwesen

Häusler Jürg, dipl. Ing. FH/SIA (SVP)

■ Öffentliche Sicherheit

Baer Rolf, Schulleiter (FDP)

■ Sozialwesen/Altersfragen

Müller Reto, Lehrer (SP)

■ Kultur und Sport

Schaub-Holt Paula, Kauffrau (EVP)

■ Bildung und Jugend

Baumgartner-Angelini Laura, Kauffrau (SP)

■ Versorgung und Entsorgung; Energie und Umweltschutz

Bobst Christine, Juristin (Jl)

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt die Ressortbildung und Ressortzuteilung zur Kenntnis.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



12. Mitteilungen des Gemeinderates

- **Information zum Planungsstand betreffend das Bahnhofgebiet / Motion Steiner Reto (EVP) und Mitunterzeichnende vom 27. März 2006 betreffend zukunftsgerichtete Weiterentwicklung des Bahnhofareals (erheblich erklärt am 26. Juni 2006)**

Stadtpräsident Thomas Rufener: Im Zusammenhang mit der *"Motion Steiner Reto (EVP) und Mitunterzeichnende vom 27. März 2006 betreffend zukunftsgerichtete Weiterentwicklung des Bahnhofareals"* könne er im Namen des Gemeinderates wie folgt über den Planungsstand betreffend das Bahnhofgebiet Langenthal informieren:

Der Gemeinderat sei sich bewusst und habe auch zum Ziel erklärt, dass das ganze Bahnhofareal ein zentral planerisches Areal der Stadt Langenthal sei. Der Gemeinderat habe aus diesem Grund im vergangenen Jahr ein Workshop-Verfahren organisiert und eröffnet, worin der nun vorliegende konzentrierte Bericht entwickelt worden sei. Das Verfahren, welches die Erstellung und Dokumentation eines Entwicklungskonzepts zum Bahnhofgebiet zum Ziel gehabt habe, sei vom Planungsbüro Lohner und Partner in Thun moderiert und begleitet worden. In einem Begleitausschuss seien sämtliche betroffenen Grundeigentümer, Vertreter von kantonalen und eidgenössischen Stellen, Vertreter des öffentlichen Verkehrs und selbstverständlich Vertreter der Stadt Langenthal in mehreren Sitzungen zusammengekommen und hätten sich am Verfahren beteiligt, welches von drei Architekten-Teams und von zwei unabhängigen Experten unterstützt worden sei.

Das Ergebnis des Workshops, der Entwicklungsplan Bahnhofgebiet, zeige einerseits das Potential auf und stelle den längerfristig erreichbaren Zustand dar. Der Plan diene zur Koordination einer längerfristigen Entwicklung. Zum Entwicklungsplan sei nach Abschluss des eigentlichen Verfahrens den Verfahrensbegleitern, insbesondere den betroffenen Grundeigentümern, die Möglichkeit zur internen Vernehmlassung - also zu einer Rückkoppelung - eingeräumt worden, da sie natürlich mit delegierten Personen am Workshop teilgenommen hätten. Auch eine entsprechende Redaktion sei durchgeführt worden.

Vom Ergebnis des Workshop-Verfahrens habe die Bau- und Planungskommission am 26. August 2009 und der Gemeinderat und am 14. Oktober 2009 Kenntnis genommen. In Anbetracht der Bedeutung und des Umfangs habe der Gemeinderat an seiner Sitzung die Durchführung einer separaten öffentlichen Veranstaltung beschlossen; und zwar spätestens im Januar 2010. Die Stadträtinnen und Stadträte seien dazu natürlich herzlich eingeladen. Der Gemeinderat habe sich für eine separate öffentliche Veranstaltung entschieden, weil er den Eindruck habe, dass das Geschäft in Anbetracht der Wichtigkeit und des Umfangs der gesamten Dokumentation den Rahmen einer Stadtratssitzung sprengen würde.

- **Information zur Pensionskasse der Stadt Langenthal (Primatfrage und Rechtsform) / Postulat Gfeller Markus (FDP) und Mitunterzeichnende vom 25. Juni 2007 betreffend die Zukunftssicherung der städtischen Pensionskasse (Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat) (erheblich erklärt am 22. Oktober 2007) / Postulat Gfeller Markus (FDP) und Mitunterzeichnende vom 25. Juni 2007 betreffend die Überprüfung der heutigen Rechtsform der städtischen Pensionskasse (erheblich erklärt am 22. Oktober 2007)**

Gemeinderat Jürg Häusler: Gerne nehme er die Gelegenheit wahr, die Anwesenden im Namen des Gemeinderates über die Primatfrage und die Rechtsform der städtischen Pensionskasse mit ihren 16 angeschlossenen Körperschaften zu orientieren:

Zur Behandlung beider Punkte (Primat und Rechtsform) habe der Gemeinderat einen Pensionskassenexperten mandatiert. Die Resultate seien vorliegend und vom Gemeinderat an der Sitzung vom 19. August 2009 behandelt worden. Anlässlich dieser Behandlung seien noch Fragen aufgetaucht. Insbesondere das Thema der Lohnerhöhungsnachzahlungen habe zu einer Frage geführt, welche dann einen Zusatzauftrag an den Experten ausgelöst habe. Seit dem 6. Oktober 2009 liege auch dieses Resultat vor, dessen Behandlung der Gemeinderat an einer seiner nächsten Sitzungen traktandieren werde.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 26. Oktober 2009

Im Anschluss daran werde der Gemeinderat mit dem Postulanten, Stadtrat Markus Gfeller Kontakt aufnehmen um mit ihm die Resultate und insbesondere auch das weitere Vorgehen beraten zu können. Ausserdem würde diese Sitzung dann auch die Gelegenheit bieten, den zweiten Geburtstag der Postulate gemeinsam zu feiern.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



13 A. Eingereichter Antrag der SVP-Fraktion (Erstunterzeichnende: Morgenthaler Helena) vom 26. Oktober 2009 betreffend die Ergänzung der Geschäftsordnung des Stadtrates zur Kostentransparenz bei Vorstössen

Antragstext:

"Antrag an den Stadtrat betreffend die Ergänzung der Geschäftsordnung des Stadtrates / Kostentransparenz bei Vorstössen"

Das Büro des Stadtrates wird gebeten, dem Stadtrat eine Vorlage vorzulegen mit dem Inhalt, die Geschäftsordnung des Stadtrates in den entsprechenden Artikeln dahingehend zu ergänzen, dass der Gemeinderat verpflichtet ist, über die Kosten, die für die Bearbeitung und Beantwortung eines Vorstosses entstanden sind, bei der Berichterstattung über den Vorstoss Auskunft zu geben

Begründung:

Im Sommer 2009 konnten wir verschiedenen Medien entnehmen, dass die Anzahl der Vorstösse im Stadtrat und übrigens auch im Grossrat gewaltig zugenommen hat. Einzelne Ratsmitglieder hatten dies bereits vorher festgestellt und an die Vernunft appelliert. Durch die grosse Zunahme werden immer mehr personelle Ressourcen gebunden und Verwaltungsbereiche zeitweise blockiert. Oft sind sich die Urheber dieser Vorstösse gar nicht im Klaren, wie viele Kosten bloss zur Beantwortung anfallen. Meist hätte ja ein Telefonanruf oder kurzes Gespräch mit der verantwortlichen Verwaltungsstelle die gewünschte Auskunft erbracht. Es wären keine langen Bearbeitungen oder Fachexpertisen schon im Vorfeld der gemeinderätlichen Beantwortung nötig. Wer einen Vorstoss unternimmt, muss auch zur Kenntnis nehmen, welche Kosten er bis zur Beantwortung verursacht."

SVP-Fraktion

Die Beantwortung des Antrages wird durch das Büro des Stadtrates vorbereitet.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



13 B. Eingereichte Interpellation Steiner Daniel (EVP) vom 26. Oktober 2009 betreffend Vandalismus auf dem Kreuzfeldareal

Interpellationstext:

"Vandalismus auf dem Kreuzfeldareal

Langenthal ist nicht als einzige Gemeinde von Vandalismus betroffen. Vandalismus ist vielerorts ein Problem, sogar in ländlichen Gemeinden. Er äussert sich in verschiedensten Formen, aus unterschiedlichsten Beweggründen und prägt unsere Gesellschaft.

Das Areal Kreuzfeld ist seit einiger Zeit zu einem neuen Jugendtreffpunkt geworden. Als Begleiterscheinung sind, insbesondere beim Schulhaus Kreuzfeld 4, vermehrte Vandalenakte feststellbar (z.B. Sprayereien, Zerstörungen an Fahrrädern, Anzünden von Containern, Beschädigungen von Einrichtungen). Den zuständigen Behörden und Schulleitungen sind die Zerstörungen im Areal Kreuzfeld bekannt: Die Problematik wird regelmässig an den Rapporten diskutiert, und die Polizei (Kantons- und Stadtpolizei) ist offenbar angewiesen, insbesondere nachts vermehrte Kontrollgänge vorzunehmen, was auch erfolgt. Ebenso ist die Jugendarbeit über die Problematik informiert: Für ToKJO ist das Kreuzfeld zu einem weiteren Schwerpunkt geworden.

Trotz allem stellt sich die Frage, ob die Stadt Langenthal bzw. die Schulleitungen das Möglichste unternehmen, um dem Vandalismus auf dem Areal Kreuzfeld entgegenzutreten. Insbesondere, da es sich nicht um ein neues Phänomen handelt: Beispielsweise wird seit Jahren auf die Zerstörungen im Fahrradkeller des Schulhauses Kreuzfeld 4 hingewiesen. Diese Schäden sind nicht nur ärgerlich für die betroffenen Schüler/-innen und Eltern, sondern stellen für unsere Kinder auch ein erhebliches Sicherheitsrisiko im Strassenverkehr dar.

Ich bitte den Gemeinderat um Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Welche Vandalenakte sind in den vergangenen Monaten auf dem Kreuzfeldareal registriert worden?*
- 2. Wie hoch sind schätzungsweise die Kosten (Material und Zeitaufwand), die der Stadt Langenthal durch den Vandalismus auf dem Kreuzfeldareal entstehen?*
- 3. Reicht die Stadt Langenthal bei jeder Sachbeschädigung Strafanzeige ein?*
- 4. Welche Massnahmen sehen die Stadt Langenthal bzw. die Schulleitungen konkret vor, um den Vandalismus auf dem Kreuzfeldareal einzudämmen? Genügen die erwähnten vermehrten nächtlichen Kontrollgänge der Stadt- und Kantonspolizei?*
- 5. Sind die Stadt Langenthal bzw. die Schulleitungen bereit, für das gesamte Kreuzfeldareal eine «Hausordnung» zu erlassen, welche den Rahmen für die Kinder und Jugendlichen absteckt (z.B. mit einem Alkoholverbot) und den Einsatz der Sicherheitskräfte regelt? Falls ja, wann ist mit einer solchen «Hausordnung» zu rechnen?*
- 6. Ist die Stadt Langenthal bereit, an besonders sensiblen Orten des Kreuzfeldareals, insbesondere im Fahrradkeller des Schulhauses Kreuzfeld 4, weitergehende Vorkehrungen (z.B. Installation einer Videoüberwachung) zu treffen?*
- 7. Wie rechtfertigt sich die passive Haltung der Schulleitung bezüglich der Vandalenakte im Fahrradkeller des Schulhauses Kreuzfeld 4, obwohl seit Jahren und von verschiedensten Seiten regelmässig auf die Beschädigungen hingewiesen wird?"*

Daniel Steiner

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 26. Oktober 2009

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



14. In eigener Sache

■ Anlass des Stadtratspräsidenten, Daniel Rügger, unter dem Motto "Das vielfältige Parlament" am Montag, 2. November 2009

Stadtratspräsident Daniel Rügger: Entsprechend seinem Präsidentschaftsjahr-Motto "Das vielfältige Parlament", habe er für Montag, 2. November 2009 einen Anlass geplant und organisiert. Die Veranstaltung ermöglichte es den Mitgliedern des Parlaments, sich zum Einen auch einmal ausserhalb des Stadtrats Sitzungssaales zu treffen und zum Anderen auch gleichzeitig Informationen über für sie wichtige und nützliche Themen zu erhalten.

Daniel Rügger
Stadtratspräsident

Langenthal, 25. September 2009

Die Einladung, sei den Mitgliedern des Parlaments durch das Stadtratssekretariat bereits am 3. Oktober 2009 per E-Mail zugestellt worden.

Aus organisatorischen Gründen bitte er diejenigen, die sich bis anhin weder an- noch abgemeldet haben, dies heute Abend noch nachzuholen.

Stadtrat Langenthal - Das vielfältige Parlament

Anlässlich meiner Eröffnungsrede vom 2. Februar 2009 habe ich mein Präsidentschaftsjahr unter das Motto „Das vielfältige Parlament“ gestellt.

Nach fünf absolvierten Sitzungen darf ich erfreut feststellen, dass die Vielfältigkeit in diesem Jahr dominiert. Zahlreiche Traktanden, viele unterschiedliche Geschäfte, ungewohnt lange Sitzungen aber auch ein bunter Strauss von interessanten Meinungen prägten das Stadtratsleben.

Neben dem persönlichen Kennenlernen über die Fraktionsgrenzen hinaus ist es mir wichtig, dass wir Hintergrundinformationen zu Arbeitszweigen unserer Stadt vermittelt erhalten.

Aus diesem Grund lade ich zu einer Informationsveranstaltung ein:

Montag, 2. November 2009, 18.00

Treffpunkt: Alterszentrum Haslibrunnen Langenthal

In Gruppen werden wir den Werkhof besichtigen und Informationen aus erster Hand zur Zukunft des Alterszentrums Haslibrunnen erhalten

Darf ich euch bitten, durch Rücksendung des untenstehenden Talons bis 26. Oktober 2009 eure An- oder Abmeldung zu bestätigen? Vielen Dank im voraus.

Ich freue mich schon heute auf einen spannenden und abwechslungsreichen Abend im Kreise der Stadt- und Gemeinderäte.

Mit freundlichen Grüssen

Daniel Rügger

Senden oder mailen bis 26.10.09 an Frau G. Heiniger Mail: gaby.heiniger@langenthal.ch

An- und Abmeldetalon

Name: Vorname:

Adresse:

Anmeldung: Abmeldung: